Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Für den Raum der einspalt. Diamantzeile 10 Goldpfennige, von Interenten direkt aufgegebene Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 6 Goldpfennige. Familienanzeigen, Stellen- u. Wohnungsgesuche 3 Goldpfg. Reklamezeile 50 Goldpfg. Rotationsdruck und Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Markt 15, Fernspr. 1.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den lfd. Monat 2 Goldmark. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubels, Kamen.

Nr. 305 (1. Blatt) Dienstag, den 30. Dezember 1924 **52. Jahrgang.**

Beim Frisieren des Vertragbruches.

(W) Reuter teilt mit: Die Botschafterkonferenz wird in ihrer Sitzung am Mittwoch den Inhalt der Mitteilung, die Deutschland über die Räumung der Kölner Zone gemacht werden soll, erörtern. Der Wortlaut der Note ist jetzt von den alliierten Regierungen aufgesetzt. Die Grundlage der Mitteilung wird selbstverständlich die Tatsache bilden, daß die Alliierten noch nicht den endgültigen Bericht der Kontrollkommission haben, und unter den gegenwärtigen Umständen, soweit die augenblicklichen Anzeichen vermuten lassen, die Räumung dieser Zone am 10. Januar nicht zu rechtfertigen sein dürfte. In der Note werde ferner bemerkt werden, daß die Besetzung des linken Rheinufers die Hauptsicherheit für die völlige Ausführung des Versailler Vertrages durch die deutsche Regierung darstelle, und daß die Alliierten in diesem Punkt als Treuhänder für die anderen Unterzeichner des Friedensvertrages zusammen wirken müßten.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, die Note der Botschafterkonferenz werde vielleicht nicht vor Ende der nächsten Woche nach Berlin übermittelt werden. Die französische Regierung sei wahrscheinlich bestrebt, darauf hinzuwirken, daß bereits die Prädiminanote formell eine flagrante Verletzung Deutschlands feststellen solle. Eine andere Seite der Prädiminanote, die erwogen werden muß, sei die, ob die Verletzungen der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages einzeln aufgestellt werden müssen. Die britische Tendenz gehe dahin, daß man sich auf die fünf Punkte konzentrieren solle. Was ferner geklärt werden muß, sei die Frage, ob die den deutschen Behörden zugeschriebene Obstruktion bis zur Periode der Ruhrbesetzung zurückdatiert werden soll. Bevor die endgültige alliierte Note in Berlin vorgelegt werde, werde wahrscheinlich eine Konferenz zwischen den Premierministern und Außenministern stattfinden, damit der gesamte Fragenkomplex im Zusammenhang mit dem endgültigen Bericht gründlich geprüft werden könne.

Italien sollte ausgeschaltet werden.

Tribuna meldet aus Paris, daß man dort zuerst versucht habe, Italien von den Beratungen über die Räumung der Kölner Zone fernzuhalten, weil Italien an der Besetzung nicht beteiligt ist. Man habe aber Italien nachgegeben. Der italienische Botschafter habe darauf hingewiesen, daß die Räumung der Kölner Zone nicht ausschließlich von der Erfüllung der militärischen Klauseln abhängig gemacht werde, sondern von der Erfüllung der durch das Dawesgutachten angenommenen Verpflichtungen. Auf Vorschlag des italienischen Botschafters hätte sich die Konferenz auf die Formel geeinigt, daß ein Interesse bestehe, die Besetzung der Kölner Zone über den Augenblick hinauszuschieben, wo Deutschland seinen hauptsächlichsten Verpflichtungen nachgekommen sei.

In der gestrigen französischen Kammersitzung

ging der Abg. Louis Marin auf die Aufgaben ein, die die interalliierte Konferenz in Deutschland zu erfüllen habe. Alle Welt wisse, was der allgemeine Bericht und die Teilberichte der Kontrollkommission enthielten. Der englische Delegierte General Morgan sei zu Schlußfolgerungen gekommen, die weitgehende Beunruhigung hervorgerufen hätten, weil er noch einen schrecklicheren Krieg als 1914 befürchtet. Daily Mail habe einen noch ernsteren Bericht der Kontrollkommission veröffentlicht. Er wolle nicht von dem Bericht des Generals Nollet sprechen, der vom Eclaire veröffentlicht wurde, weil hierüber eine Interpellation vorliege. Ebenso hätten alle französischen und englischen Blätter noch viel ernstere Dokumente veröffentlicht. Man wisse noch nicht, wie der Bericht der Kontrollkommission abgefaßt sei, den man zuerst für den 6. bis 8. Dezember versprochen habe. Man wundere sich, daß die Veröffentlichung dieses Berichtes vertagt worden sei, und daß man jetzt davon spreche, dieser Bericht werde in der dritten Januarwoche veröffentlicht werden. Er wünsche, daß die Botschafterkonferenz, die bis jetzt nur von der Frage der Kölner Zone gesprochen habe, sich klar und deutlich über die Frage der Entwaffnung Deutschlands ausspreche und so der gesamten Welt ihre Meinung sage. Alle Parteien der Kammer seien in gleicher Weise daran interessiert, daß vollkommene Klarheit über die Entwaffnung Deutschlands geschaffen werde. Die Räumung der Kölner Zone müsse Deutschland nicht deshalb verweigert werden, weil seine Entwaffnung noch nicht durchgeführt sei, sondern weil die Sicherheit Frankreichs, die nach dem Friedensvertrag durch England und die Vereinigten Staaten oder durch den Völkerbund hätte garantiert werden müssen, weder durch die beiden Staaten noch durch den Gesamtorganismus gewährleistet worden sei. Die Kammer müsse, ehe sie in die Ferien gehe, wissen, wie die Frage der Räumung der Kölner Zone geregelt werden solle. Wenn die Kölner Zone geräumt würde, würden wir nicht mehr den Rhein als Schutz haben und unsere Grenzen würden schwer zu beschützen sein. Im Hinblick auf die Tatsache, daß Deutschland am 10. Januar seine wirtschaftliche Freiheit wieder erlange sagte Marin, während die deutschen Unterhändler die Handelsvertragsverhandlungen in die Länge ziehen, hätte die englische Regierung mit der deutschen innerhalb von 3 Tagen einen Handelsvertrag abgeschlossen. Das hätten die Deutschen nur getan, weil sie kein Arbeiterkabinett haben, sondern weil sie eine konservative Regierung vor sich gehabt hätten, die sie fürchteten. Gegenüber der deutschen Regierung müsse man festbleiben denn es sei zu befürchten, daß man am 10. Januar erwache und vor einer Katastrophe stehe und daß diese sich besonders in Elsaß Lothringen und im Ruhrgebiet fühlbar mache. Abg. Marin schließt seine Rede, indem er auf die Haltung Amerikas hinweist, das den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet und den Garantiepakt mit Frankreich nicht abgeschlossen habe. Es sei notwendig, daß die alliierten Regierungen sich über die Kriegsschuldfrage einigen.

Finanzminister Clementel weist mit Bezug auf die interalliierten Schulden auf die am 6. Januar stattfindende Zusammenkunft der alliierten Finanzminister hin. Der Abg. Leon Blum macht die Politik des Kabinetts Poincaree für die jetzige Lage verantwortlich. Die Ruhrpolitik habe veranlaßt, daß weite Kreise Englands im vorigen Jahre nicht auf die Seite Frankreichs getreten seien, um die Handelsfrage zu regeln und daß andererseits die Militärkontrolle wegen der Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet nicht mehr ausgeübt worden sei. Das sei der Grund, weshalb tausende von Gewehren und Maschinengewehren hätten hergestellt werden können. Nach Beendigung der Ruhrbesetzung sei die Herstellung eingestellt worden. Zur Frage der interalliierten Schulden erklärte Blum, daß nach dem Abkommen von Spa die Lage sich geändert habe. Deutschland könne nicht die hunderte von Millionen bezahlen, die man vorgesehen habe. Man könne vielmehr nach dem Dawesplan nur auf eine beschränkte Reparationszahlung rechnen. Frankreich müsse auf der kommenden Finanzministerkonferenz zur Geltung bringen, daß die englischen Schiffsverluste während des Krieges durch Versicherungen gedeckt wurden. Der Abg. Bior führte aus, das Ruhrgebiet sei eine Hypothek gewesen, die man in der Hand hatte. Er wolle hoffen, daß die jetzige Regierung sie nicht aufgeben werde. Der Abg. Nollin erinnert hinsichtlich der Frage des linken Rheinufers an das Wort Wilsons: Der Rhein ist die Grenze der Freiheit! — Im weiteren Verlaufe der Debatte ergreift Kriegsminister Nollet das Wort. Er entwickelt die Geschichte der Kontrolloperationen, die in Deutschland geführt worden sind und erklärt dann, daß es ihm gelungen sei, bis 1922 die Ablieferung großer Mengen von Kanonen, Maschinengewehren und Gewehren zu erzwingen. Nach dem Jahre 1922 habe sich infolge der Ruhrbesetzung die Lage geändert und die Kontrolloperationen seien erst jüngst wieder aufgenommen worden. Sie hätten in einer Fabrik in der Umgebung von Berlin zur Entdeckung von 15000 Röhren von Maschinengewehren und 30000 Röhren von Maschinengewehrpistolen geführt. Die Botschafterkonferenz habe darauf festgestellt, daß Deutschland die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht erfüllt habe in der Weise, um die Räumung Kölns zu verlangen. General Nollet fügte hinzu, daß der im Eclaire veröffentlichte Bericht ein interalliiertes Dokument, und zwar ein Dokument der Kontrollkommission sei. — Die Kammer hat hierauf die Interpellation, gemäß einem Antrage des Justizministers mit 300 Stimmen vertagt. Die gesamte Opposition hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Englische Gespensterfurcht.

Phantasien des Generals Morgan.

In der englischen Wochenschrift „Quarterly Review" veröffentlicht der englische Vertreter in der interalliierten Kontrollkommission, General Morgan, einen längeren Aufsatz über die angeblichen Rüstungen Deutschlands. General Seeckt soll danach ein zweiter Moltke sein, dessen Silhouette in fünf oder zehn Jahren vielleicht einen gigantischen Schatten werfen werde. Morgan behauptet, daß Deutschland einen Generalstab für 20 Divisionen aufgestellt habe, und erzählt weiter, wie das deutsche Oberkommando mit Hilfstruppen Polizei, Geheimbündlern und früheren Kriegsteilnehmern) die Divisionen zu Armeekorps erweitert hätte. Was die Versorgung der Artillerie anbelange, so hätte die deutsche Heeresleitung unter Berufung auf den Versailler Vertrag fortgesetzt versucht, ihren Bedarf für 20 Armeekorps zu decken. Die Verbündeten hätten jedoch das Spiel durchschaut und während der Konferenz von Spaa energisch auf der Erfüllung der Vertragsklauseln bestanden. Darauf hätte der deutsche Generalstab seine Taktik geändert und sich unter scheinbarer Beobachtung der Klausel des Vertrages auf die

Schaffung eines Kernes für eine große Armee

verlegt. Die deutschen Militärbehörden wären dabei in der Weise verfahren, daß sämtliche verbotenen Geheimbünde in bestimmten Einheiten an die Kompagnien angeschlossen worden wären. Zum Schluß behauptet General Morgan, daß Deutschland ein Jahr nach Auflösung der Kontrollkommission die Herstellung von Kanonen und Munition auf ein Höchstmaß wie 1918 bringe. Das deutsche Oberkommando sei in der Lage, allen Anforderungen wegen Erzeugung von erstickenden Gasen und Explosivstoffen innerhalb von drei Monaten zu entsprechen. Der Gefahr der deutschen Rüstungen könne nur begegnet werden, wenn nicht nur die Kontrollkommission im Amte bleibe, sondern auch die Besetzung der Brückenköpfe am Rhein, besonders des Mainzer Brückenkopfes, ohne bestimmte Frist aufrecht erhalten werde. (III) Für den Fall, daß die Kontrollkommission aufgelöst und die Rheinarmee wesentlich verringert werde, könne der Frieden in Europa für nicht länger als ein Jahr verbürgt werden.

Wenn man es auch jedem überlassen muß, sich so gut zu blamieren, wie er nur kann, so geht doch dieses törichte Geschreibsel eines englischen Generals fast über das erträgliche Maß hinaus. Wenn auch in Laienkreisen vielfach höchst sonderbare Meinungen über die Möglichkeit von Geheimrüstungen herrschen, so sollte sich doch ein Fachmann darüber klar sein, daß auch ohne offizielle Militärkontrolle geheime Rüstungen in irgendwie erheblichem Umfange gar nicht möglich sind. Eine Rüstung, wie sie zu einem modernen Kriege erforderlich ist, läßt sich nicht unter den Augen der argwöhnischen Nachbarn im Osten und Westen durchführen. Darüber sollte sich auch ein englischer General klar sein.

Kutiskerskandal und Staatsbank.

Um 15 Millionen Mark betrogen.

Der Kutisker-Skandal hat außergewöhnlich weite Kreise gezogen und, wie schon berichtet, zu der aufsehenerregenden Verhaftung eines der höchsten Beamten der preußischen Staatsbank (Seehandlung), des Direktors derselben Dr. Fritz Rühe, geführt. Außer diesem sind bekanntlich auch die Bankinspektoren Blodow und Kersten verhaftet worden. Dr. Rühe, der im 44. Lebensjahre steht, ist in seiner Wohnung festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert worden. Ihm wird fortgesetzte Untreue vorgeworfen, die der Seehandlung einen Schaden von 15 Millionen Mark gebracht hat. Diese 15 Millionen Mark sind die Gelder, die Kutisker aus der Seehandlung auf Grund seiner dubiosen Wechsel gezogen hat.

Das Vorgehen gegen die Beamten der Staatsbank

erfolgte auf Grund der Angaben Kutiskers, der nach seiner Verhaftung seine anfängliche Taktik, seine Hintermänner zu schonen, aufgegeben hat. Die Untersuchung in der Staatsbank selbst ist zu einem gewissen Abschluß gelangt, doch sollen noch einmal Oberfinanzrat Dr. Hellwig und der frühere Präsident der Staatsbank v. Dombois, vernommen werden; letzterer soll sich über seine Wahrnehmungen bei der Geschäftsverbindung Kutisker-Seehandlung und über die Geschäfte des Bankhauses von Stein mit der Staatsbank äußern. Tatsache ist, daß die an sich herzlich unbedeutende Kredit- und Handelsbank dank ihrer Beziehungen zur Staatsbank über ungeheuere Summen verfügen konnte. Es ist auch erwiesen daß sie dem recht zweifelhaften Geschäftemacher, Hans Collonius, einem der Vorbesitzer des Hanauer Lagers, der um die Kutiskerschen Beziehungen zu der Seehandlung genau Bescheid wußte, einen Brief schrieb, in dem sie ihm hohe Kredite gegen einfache Effektendeckung anbot, während Bankinstitute von Rang mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, Kredite bei der gleichen Staatsbank gegen doppelte und dreifache Effektendeckung zu erhalten. Daß Collonius von diesem Angebot keinen Gebrauch machte, war noch ein Glück für die Staatsbank.

15 Millionen Schaden bei 13 Millionen Kapitalbestand.

Die Preußische Seehandlung wurde im Jahre 1772 gegründet und hatte zunächst nur einen engbegrenzten Geschäftskreis. Später dehnte sie ihre Tätigkeit immer mehr aus und verstärkte im Zusammenhang damit auch ihre Betriebsmittel. Nach der im Juli d. J. vorgelegten Goldbilanz beträgt das augenblickliche Grundkapital der Seehandlung 10 Millionen Goldmark bei 3 Millionen offenen Reserven. — Die Inflationsjahre haben naturgemäß auch der Seehandlung übel mitgespielt, denn nach dem Prüfungsbericht hat sie beinahe neun Zehntel des Goldmarkbetrages, den die ihr durch den preußischen Staat überwiesenen Kapitalbeträge darstellten, verloren.

Finanzrat Hellwig,

der bis vor einiger Zeit in der Preußischen Staatsbank in leitender Stellung tätig war, um dann einen Direktorposten im „Barmatkonzern" einzunehmen, hat diesen überraschenderweise vor etwa 10 Tagen verlassen und sich am 23. Dezember auf Reisen begeben. Inzwischen hat Dr. Hellwig aber der Staatsanwaltschaft seinen Aufenthalt mitgeteilt und sich für etwaige Vernehmungen zur Verfügung gestellt. Heute beginnt die Untersuchung in den Räumen des Bankhauses S. von Stein. Die zahlreichen Agenten, mit denen sich Kutisker umgab, und die ihm bei verschiedenen Aktionen wertvolle Dienste leisteten, sind spurlos verschwunden. Es handelt sich hauptsächlich um Ausländer aus Rußland und Rumänien.

Gestern wurde noch der Direktor der Kutiskerschen Betriebsrinnen-Konzern A.-G. in Tempelhof, Paul Grieger, unter dem dringenden Verdacht des Betruges festgenommen. — Die Amtsführung des am 1. April in den Ruhestand getretenen Präsidenten der preußischen Staatsbank v. Dombois soll einer Nachprüfung unterzogen werden. Allerdings glaubt man, ihm höchstens Fahrlässigkeit vorwerfen zu können.

8-Stundenschicht in den Betrieben.

Im Mai 1924 hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Erhebung über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit unternommen, die 46122 Betriebe mit 2453523 beschäftigten Personen erfaßte und ergab, daß für etwa zwei Drittel der Betriebe und fast die Hälfte der beschäftigten Personen der Achtstundentag bestand, während der Rest der Beschäftigten länger arbeitete. Diese Erhebung wurde Ende 1924 in einem der Erhebung vom Mai im wesentlichen entsprechenden Umfang wiederholt, wobei sich herausstellte, daß der Prozentsatz der länger als 48 Stunden wöchentlich arbeitenden Beschäftigten auf 45,3 Prozent gesunken ist. Das Bild wäre zweifellos für den Achtstundentag noch günstiger, wenn nicht alle kurzarbeitenden Betriebe, bei der Zählung ausgeschieden worden wären.

Die Staatsblockneigung der B. V. P.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz tritt für die Bildung eines Reichskabinetts ein, das sich auf eine bürgerliche Mehrheit stützt. Eine derartig zusammengesetzte Regierung wird als das einzig Gegebene mit folgender Begründung bezeichnet: „Diese Erkenntnis rührt nicht allein von einer stillen Liebe der BVP zu den Deutschnationalen her, sondern, beruht auf der nüchternen realpolitischen Erwägung, daß nach dem Ausgang der Maiwahlen und nach dem Ergebnis der Dezemberwahlen für die deutschnationalen Kräfte ein Recht auf Mitwirkung in der Leitung der Geschicke des Deutschen Reiches gegeben ist und ferner aus der richtigen Einsicht, daß es ein schwerer innenpolitischer Fehler ist, die Deutschnationalen gewaltsam in der Opposition zu halten. Niemand wird es dem Zentrum übel nehmen, wenn es schweren Herzens an eine Verbindung mit den Deutschnationalen herangeht. Aber über den Zentrumsgefühlen, Zentrumsneigungen und Zentrumsbefürchtungen steht die dringende Notwendigkeit eine Reichsregierung auf die Beine zu bringen, die sich sehen lassen kann, die ihr Leben nicht Manöverkunststücken und allerlei Kniffen verdankt, sondern die wirkliche Mehrheit des Reichstages hinter sich hat, und das ist zurzeit nur eine bürgerliche Mehrheitsregierung."

Westfalen und Rheinland.

Aufwertung von Sparkassenguthaben u. Gemeindeanleihen.

Kamen, 29. Dez. Aus einer Verfügung des preußischen Ministers des Innern teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit: Durch Runderlaß vom 9. April d. Js. ist angeordnet worden, daß von Vereinbarungen und Beschlüssen über Aufwertung von Sparkassenguthaben so lange abzusehen ist, bis die Durchführungsbestimmungen zu § 7 der 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar d. Js. erlassen sein werden. Verschiedene Wahrnehmungen geben Veranlassung, diese Verfügung in Erinnerung zu rufen. Beschlüsse von Sparkassenvorständen oder kommunalen Körperschaften, die in irgendwelcher Form über das aufgewertete Vermögen von Sparkassen zu verfügen bestimmt sind, würden schon deshalb der Rechtsgültigkeit ermangeln, weil gemäß § 7 der 3. Steuernotverordnung die Verteilung der Teilungsmasse unter die Sparkassengläubiger dem Treuhänder vorbehalten ist, dessen Teilungsplan der behördlichen Genehmigung bedarf. Die Bestimmungen über Ernennung des Treuhänders sowie über die Bildung und Verteilung der Teilungsmasse werden ergehen, sobald Gewißheit über die endgültige Gestaltung der allgemeinen Aufwertungsgrundsätze geschaffen ist. Bis dahin haben sich die Sparkassenverwaltungen auf allgemeine rechnerische Vorarbeiten zur Aufwertung der Sparkassenguthaben, soweit solche tunlich und zweckmäßig erscheinen, zu beschränken. Desgleichen ist von Beschlüssen der Gemeinde-(Gemeindeverbands-)Körperschaften über Leistung von Beiträgen zum Sparkassen-Aufwertungsstock Abstand zu nehmen, da die Bestimmung hierüber ebenfalls der Landesregierung vorbehalten ist. Ebenso muß zurzeit angesichts der Bestimmungen der 3. Steuernotverordnung eine Beschlußfassung einzelner Gemeinden usw. über die Aufwertung von Gemeinde- und Gemeindeverbandsanleihen sowie über die etwaige Aufnahme der Verzinsung solcher Anleihen zweckmäßig unterbleiben.

•

* **Kamen. (Knappschaftliches.)** Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Berginvaliden-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat Januar 1925 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltag Januar	Beginn der Auszahlung für Witwen und Waisen	Beginn der Auszahlung für Berginvaliden und Reichsrente
Bergkamen I	Schürmann	3	2 Uhr	2 ½ Uhr
Bergkamen II	Kraft	5	2 „	2 ½ „
Heeren . .	Maaß	7	2 „	2 ½ „
Kaiserau . .	Schulz	5	2 „	2 ½ „
Kamen I .	Sichtermann	10	2 ½ „	3 „
Kamen II .	Starke	3	2 ½ „	3 „
Kurl . . .	Lahr in Husen	7	2 ½ „	3 „
Lünern . .	Stolteuß	9	2 „	2 ¾ „
Methler . .	Budde	10	2 „	2 ½ „
Niedermassen	Gemeinde-Sitzungssaal	8	2 ½ „	3 „
Obermassen	Middendorf	9	2 ½ „	3 „
Nünthe . .	Hamer	2	2 ½ „	3 „
Scharnhorst	Suntrop	3	3 ½ „	3 ¾ „
Unna I . .	Wittler	9	2 ½ „	3 „
Unna II	Steinhoff	8	3 ½ „	4 ¼ „
Unna-Königsborn	Rehfuß	10	2 „	3 „
Werne . . Bez. Münst.	Schulz	2	2 ½ „	2 ½ „
Werne I	Höhn	2	2 ½ „	3 „
Werne II	Friedr. Kersten	3	2 ½ „	3 „
Werne III	Höhn	5	2 ½ „	3 „
Wickede	Kohlmann	2	3 „	3 ½ „

Die Rentenempfänger werden dringend ersucht, die angegebenen Termine und Zeiten zu beachten und ihre Bezüge regelmäßig monatlich abzuholen.

Kamen, 30. Dez. **(Verschiedenes.)** In den Kreisen der Eltern, deren Kinder sich noch in Grundschulklassen mit Herbstaufnahme befinden, äußert sich vielfach die Besorgnis, daß die Kinder, da die mittleren und höheren Schulen nur noch zu Ostern aufnehmen, die Grundschule vier und ein halbes Jahr besuchen müssen. Diese Besorgnis ist, wie der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt, unbegründet. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat bereits durch Erlaß vom 29. März 1923 angeordnet, daß solange noch Grundschulklassen mit Herbstaufnahme bestehen, die diese Klassen besuchenden Kinder in Bezug auf den Uebergang in mittlere und höhere Schulen ebenso zu behandeln sind, als wenn sie in dem gleichen Jahre bereits zu Ostern in die Grundschule eingetreten wären. Kinder, die im Herbst 1921 in die Grundschule eingetreten sind, können daher Ostern 1925 zur Aufnahmeprüfung an mittleren und höheren Schulen zugelassen werden.

•

Die vorbildlich schnelle Feststellung der Wahlergebnisse.

Der Reichsminister des Innern hat an den Preußischen Minister des Innern folgendes Schreiben gerichtet: „Das vorläufige Gesamtergebnis der Reichstagswahl konnte bereits am Mittag nach der Wahl bekanntgegeben werden. Diese Leistung, die umso bemerkenswerter ist, als mit der Reichstagswahl im größten Teile des Reichs Wahlen zu Landesparlamenten oder Kommunalwahlen verbunden waren, ist dem zielbewußten Zusammenwirken der Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit den Kreiswahlleitern und dem Reichswahlleiter zu danken. Ich bitte, allen amtlich und ehrenamtlich bei der Feststellung der Wahlergebnisse beteiligten Persönlichkeiten, insbesondere den Wahlvorstehern, den Mitgliedern der Wahlvorstände, den Bürgermeistern, den Beamten der unteren Verwaltungsbehörden, den Kreiswahlleitern und ihren Beamten meinen Dank und meine volle Anerkennung aussprechen zu wollen. Die rasche und zuverlässige Zählung der Wahlergebnisse stellt eine glänzende Leistung deutscher Amtstätigkeit und Organisationsfähigkeit dar." — Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, schließt sich der Preußische Minister des Innern in einer Verfügung an die Ober- und Regierungspräsidenten, Kreis- und Verbandswahlleiter, Landräte, Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der preußischen Landtagswahl diesem Dank an.

•

Steuer-Stundung und -Erlaß.

Einer gemeinsamen Verfügung des preußischen Ministers des Innern und des Finanzministers entnimmt der „Amtliche Preußische Pressedienst" folgende Mitteilungen: Es besteht noch vielfach Unklarheit über die Wirkung der Stundung und des Erlasses der staatlichen Grundvermögensteuer auf die gemeindlichen Zuschläge. Nach der Rechtslage hat nur der Erlaß der staatlichen Grundvermögensteuer auch den Erlaß der gemeindlichen Zuschläge zur Folge, während die Stundung der staatlichen Grundvermögensteuer keine Rückwirkung auf die gemeindlichen Zuschläge hat. Ebensowenig werden diese durch eine bei Aussichtslosigkeit der Einziehung erfolgende Niederschlagung der staatlichen Grundvermögensteuer berührt. Es ist aber die Pflicht der Gemeinden, bei Stundung der staatlichen Grundvermögensteuer trotz weitestgehender Berücksichtigung ihrer eigenen Finanzlage in jedem einzelnen Falle genau zu prüfen, ob nicht im Interesse des Steuerpflichtigen auch ihrerseits ein Anschluß an das staatliche Vorgehen geboten und unter Berücksichtigung der eigenen Finanzlage der Gemeinden möglich ist, und dann dementsprechend zu verfahren.

•

(Wichtig für Lohn- und Gehaltsempfänger.) Alle Gesuche um Ermäßigung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn sind mit der neuen Steuerkarte für 1925 rechtzeitig vor Ablauf des Jahres bei dem zuständigen Finanzamt erneut einzureichen und zwar zweckmäßig durch den Magistrat bezw. Amtmann der Stadt- oder Landgemeinde, da die Richtigkeit der Angaben, mit denen eine Ermäßigung begründet wird, von diesen Behörden geprüft und bescheinigt werden muß. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Ermäßigungen vom Arbeitgeber nur dann berücksichtigt werden dürfen, wenn die Steuerkarte, welche den Vermerk des Finanzamtes enthält, vorgelegt wird. Es ist Sache des Arbeitnehmers, dafür zu sorgen, daß die Steuerkarte rechtzeitig in seinen Besitz gelangt.

(Evangelische Gemeinde.) Am Neujahrstage wird in der Lutherkirche um 11¼ Uhr Kindergottesdienst gehalten.

(Wintersportzüge nach Winterberg.) Bei geeigneter Witterung ist seitens der Reichsbahndirektionen Essen und Elberfeld die Ablassung von Wintersportsonderzügen mit 3. und 4. Klasse von Duisburg-Hbf. nach Winterberg über Essen-Hbf.—Bochum-Nord—Witten-West in Aussicht genommen. Es fährt Sonnabends und Sonntags je ein Zug nach Winterberg und Sonntags ein Zug von Winterberg nach Duisburg zurück. Von den Fahrkartenausgaben werden zu diesen Zügen Fahrkarten nach Winterberg oder Willingen oder Fredeburg zu Einheitspreisen ausgegeben. Die Reisenden unseres Bezirks können die Sonderzüge ab Schwerte benutzen. Die Gültigkeitsdauer der Fahrkarten 3. Klasse beträgt 14 Tage. Diese Karten haben bei der Rückreise für alle Züge Gültigkeit; bei Benutzung von D-Zügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. Dagegen gelten die Fahrkarten 4. Klasse nur für die Sonderzüge Sonnabends bezw. Sonntags hin und Sonntags zurück. Fallen die Sonderzüge aus, so wird das Fahrgeld ohne Abzug erstattet. Die Ablassung der Sonderzüge wird an den Fahrkartenschaltern durch entsprechenden Aushang bekanntgegeben. Die Preise für die Sonderzugkarten betragen: Von Dortmund-Hbf. über Aplerbeck-Süd—Arnsberg f. d. 3. Klasse 7,40 Mk., f. d. 4. Klasse 5 Mk., von Dortmund-Hbf. über Witten-West—Arnsberg f. d. 3. Klasse 9,80 Mk., f. d. 4. Klasse 6,60 Mk. Anschlüsse ab Dortmund in der Richtung nach Winterberg: An den Samstagszug nur in Witten-West, Abfahrt Dortmund-Hbf. 4,30 nachm., Witten-West an 4,58 nachmittags, ab 5,05. An den Sonntagszug in Witten-West, Abfahrt Dortmund-Hbf. 6,25 vorm., Witten-West an 6,54 vorm., ab 7,30; in Schwerte, Abfahrt Dortmund Hbf. 6,29 vorm., Schwerte an 7,00 vorm., ab 8,14. Anschlüsse nach Dortmund in der Richtung von Winterberg: In Schwerte, Abf. Schwerte 8,59 nachm., Dortmund-Hbf. an 9,27 nachm., in Witten-West, Abf. Witten-West 10,10 nachm., Dortmund-Hbf. an 10,39 nachmittags.

(Gemeinde und Postreklame.) Unter dieser Ueberschrift gibt eine Fachzeitschrift eine sehr interessante und bedeutsame Gerichtsentscheidung wieder. Es ist nämlich ein rechtskräftiges Urteil erfolgt, wonach der Reichspostfiskus verurteilt worden war, auf den Briefkästen, soweit sie auf städtischen Straßen und Plätzen stehen, keine Geschäftsanzeigen anbringen zu lassen, sowie etwa bereits angebrachte Anzeigen wieder zu entfernen. Es handelt sich um ein vom Oberlandesgericht Breslau am 15. Januar 1924 gefälltes Urteil (Aktenzeichen 8 U 282-23), dessen Kenntnis für jede Gemeinde von Bedeutung ist.

Pelkum, 30. Dez. **(Wem gehört das Fahrrad?)** Bei der Polizeibehörde hier (Kriminalabteilung) ist ein Fahrrad mit nachfolgender Beschreibung sichergestellt: Marke unbekannt, Firmenschild entfernt, Nummer nur 129 leserlich, während die vordere und hintere Zahl durch Zerschlagen unkenntlich gemacht worden sind. Schwarzer Rahmenbau mit goldenen Doppellinien, schwarze Felgen mit breiten grünen Streifen und zwei dünnen Goldstreifen, brauner Sattel mit Sprungfedern, Torpedo-Freilauf, hoch und nach vorn gebogene Lenkstange, Pendalen mit Gummieinlagen, Glocke ist bezeichnet mit den Buchstaben S. A. R. B. Es wird vermutet, daß das Fahrrad aus einem Diebstahl stammt. Eigentümer des Fahrrads wollen sich umgehend bei der hiesigen Polizeibehörde (Kriminalabteilung), Zimmer 1, melden.

Dortmund, 29. Dez. **(Verschiedenes.)** Beim Reinigen eines Kanalschachtes auf dem Hofe des katholischen Waisenhauses wurden vier Knaben, die einem Knecht bei den Arbeiten halfen, durch ausströmende Gase betäubt und ein 13jähriger Junge, namens Jankowski, getötet. — Die Eheleute Krutwage aus Lüdinghausen, welche auf dem hiesigen Markt Lebensmittel verkauft hatten, fuhren nach Beendigung desselben mit dem Auto eines Händlers zu ihrem Wohnorte zurück. Unterwegs stieß das Auto mit einem anderen zusammen. Die Insassen des nach Lüdinghausen fahrenden Wagens wurden herausgeschleudert und alle schwer verletzt. — Von einem Auto erfaßt und überfahren wurde der Händler ten Brink aus der Wißstraße, als er die Betenstraße überschreiten wollte. B. wurde schwer verletzt.

Hagen, 24. Dez. **(Ein gewalttätiger Angeklagter.)** Ein aufregender Vorgang im Sitzungssaale des hiesigen Landgerichts am 3. Juli war Gegenstand der Verhandlung vor dem Hagener Landgericht. Der Arbeiter Josef Gerlach auch Iserlohn war wegen Einbruch zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die Strafe wurde später in 1½ Jahre Gefängnis gemildert. Nach der Verhandlung stießen Frau und Schwiegermutter des G. Drohungen gegen das Gericht aus und lärmten so, daß sie der Justizwachtmeister auf den Flur drängen mußte. In diesem Augenblick sprang G. aus der Anklagebank, griff den Wachtmeister von hinten an und schlug auf ihn ein. Der Angreifer wurde schnell überwältigt und geschlossen abgeführt. Wegen tätlichen Angriffs und Körperverletzung erkannte das Gericht auf weitere 2 Monate Gefängnis.

Bochum, 29. Dez. **(Explosion auf Zeche „Zentrum".)** Infolge eines Rohrdefekts entstand in der Teeranlage der Zeche Zentrum eine Entzündung der Gase, die eine große Teerblase in Brand setzte. Schnell nahm das Feuer einen erheblichen Umfang an, so daß die Werkswehr, die Wehren der Zechen Karolinenglück und Hannover sowie die Bochumer Berufswehr eingreifen mußten. Infolge der günstigen Windrichtung wurde das Feuer von den Naphtha- und Anthrazitlagern abgehalten. Nach mehreren Stunden war der Brand gelöscht. Das Feuer ist auf seinen Herd beschränkt geblieben. Ein Arbeiter ist tot, zwei sind schwer- und acht leichtverletzt. Stundenlang zogen schwere Rauchschwaden über die Zeche und die Stadt Wattenscheid dahin.

! **Bochum,** 29. Dez. **Die kommunistischen Mainunruhen im Ruhrgebiet** während des vergangenen Jahres fanden jetzt vor dem Gericht ihre letzten strafrechtlichen Folgen. Insgesamt sind mehr als 100 Jahre Gefängnis und mehr als 40 Jahre Zuchthaus verhängt worden. Für Gefängnisstrafen wurde insgesamt für mehr als 50 Jahre Bewährungsfrist zugebilligt. Etwa 300 Arbeiter standen als Opfer der Berliner KPD-Zentrale vor Gericht. Die damaligen Hoffnungen der Kommunisten, die Besatzung und die sich aus ihr ergebende Notlage der Bevölkerung zum Ausgangspunkt eines neuen großen Putsches zu machen, sind vollkommen gescheitert. — Im Zusammenhang mit der vor einigen Tagen erfolgten Verurteilung eines Kommunisten, der während der Putschtage in Bochum den bei der Handelskammer beschäftigten Referenten Dr. Trainer erschossen hatte, wurde der kommunistische Stadtverordnetenvorsteher von Bochum, Levermann, vor einigen Tagen verhaftet. Die Staatsanwaltschaft glaubt, in dem Verhafteten einen Mittelsmann der Zentrale und einen Führer der gesamten Putschbewegung erblicken zu können.

Herne, 24. Dez. **(Ein heiterer Zwischenfall.)** In der letzten Stadtverordnetensitzung des Jahres gab es einen heiteren Zwischenfall, als der Vorsteher die Stadtväter ermahnen zu müssen glaubte, die von der Stadt gestellten Bleistifte gütigst nach der Sitzung auf den Pulten liegen zu lassen. Ein Sozialist verbat sich den versteckten Vorwurf des Diebstahls, ein Kommunist aber rief, er brauche nur den Rücken zu drehen, dann sei sein Bleistift weg. Schallende Heiterkeit wirkte versöhnend. Im übrigen verlief die Sitzung diesmal ruhig.

** **Steele,** 24. Dez. **Ein schrecklicher Unglücksfall** ereignete sich am Montag nachmittag gegen 5,30 Uhr auf dem Bahnhof Steele-Nord. Der Lokomotivführer Stiepel aus der Henglerstraße in Steele wurde, als er auf dem Bahnhof die Gleise überschreiten wollte, von einem Zuge überfahren und in zwei Stücke geteilt. Der Verunglückte war seit 24 Jahren im Eisenbahndienst tätig.

! **Ohligs,** 27. Dez. **(Der Horcher an der Wand . . .)** In der jüngsten Sitzung der Stadtverordneten erklärte die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft dem Bürgermeister Sauerbrey, der bekanntlich Sozialdemokrat ist, den Krieg. Sie hatte nämlich festgestellt, daß der Bürgermeister sich in seinen Telephonapparat einen Mithörer-Apparat hat einbauen lassen, mit dem er sämtliche Gespräche der Beamten zu überhören in der Lage ist. Die Bürgerlichen erklärten, daß dies nicht nur für die Beamten ein entwürdigender Zustand, sondern daß er auch für einen Bürgermeister entwürdigend sei. Der Angegriffene behauptete, die Beamten führten so viele Privatgespräche, daß er im Interesse des Dienstes zu seinem Vorgehen gezwungen sei. Die Debatte schloß damit, daß eine besondere Kommission die Angelegenheit untersuchen soll, daß aber bis zum Abschluß dieser Untersuchung der Mithörer außer Betrieb gesetzt wird.

(E) **Duisburg-Meiderich,** 27. Dez. **(Erwischte Räuberbande.)** Durch die Festnahme von vier Einbrechern ist eine Bande unschädlich gemacht worden, die von ständigen Einbrüchen lebte. Ihren Unterschlupf hatte die Gesellschaft in einer durch den Damm der Eisenbahn Meiderich—Oberhausen führenden Röhre, worin sie sich gemütlich eingerichtet hatte. Die gestohlenen Sachen wurden dorthin geschleppt, dort verzehrt oder von dort weiter verkauft. Nachgewiesen wurden bereits der Einbruch in die Büroräume an der Westenderstraße, Wagenberaubungen, ein Diebstahl bei einem Arbeiter, dem Geld aus der Tasche gestohlen worden war, und ein kürzlich gemeldeter Diebstahl in einer Bäckerei. Die Mitglieder der Bande sind zum Teil schwer vorbestraft. Mehrere Personen sind wegen Hehlerei in die Angelegenheit hineingezogen worden.

Viel Zeit und Arbeit wird gespart,

wenn man seiner Kundschaft, seinen Freunden und Bekannten durch eine

Neujahrs-Glückwunschanzeige

ein fröhliches und glückliches Neujahr wünscht. Die Anzeigen für die Neujahrs-Nummer der „Kamener Zeitung" erbitten wir umgehend.

Düsseldorf, 29. Dez. **(Ein Sprung in den Tod.)** Am „Heiligen Abend" befand sich der Kellner Walter Götsch, Wallstraße 13, im Hause Volkerstraße 23 im 2. Stock bei einer Weihnachtsfeier. Kurz vor Mitternacht schlug er plötzlich, wahrscheinlich infolge Schwermut, zwei Fensterscheiben ein und stürzte sich auf das Pflaster, wo er tot liegen blieb.

St. Goar, 29. Dez. **(St. Goar Besitzerin von Burg Rheinfels.)** Burg Rheinfels, die 1797 geschleift wurde und später in den Besitz Kaiser Wilhelms I. überging, wurde von der Stadt St. Goar von der preußischen Kronguts-verwaltung erworben.

** **Kirn,** 24. Dez. **Ein schweres Gasunglück** ereignete sich dieser Tage auf dem Güterbahnhof. Zwei Arbeiter, die einen Gaskessel reinigen sollten, stiegen zu diesem Zweck in den Kessel und wurden hier betäubt. Da beide Arbeiter nicht zum Abendessen erschienen, stellte man sofort Nachforschungen an und fand beide bewußtlos in dem Kessel. Die sofort angestellten Rettungsversuche hatten bei einem Arbeiter Erfolg, während der andere Arbeiter nur als Leiche geborgen werden konnte.

Cleve, 24. Dez. **Das Schwurgericht** verurteilte den Kuhschweizer Jean Kochke zu vier Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust wegen Brandstiftung sowie fahrlässiger Tötung. Der Landwirt Lenzen, der Dienstherr des Kochke und Besitzer des Keiserhofes in Veert, war in das Zimmer des Schweizers gewaltsam eingedrungen, um sich den Melkschemel zu holen, da Kochke über Gebühr lange ausblieb. Aus Zorn darüber hatte Kochke einen brennenden Zigarrenstummel in die Scheune des Lenzen geworfen. Bald standen Wohnhaus und Scheuer in hellen Flammen. Die Familie des Gutsbesitzers kam noch rechtzeitig aus den Betten, während zwei Knechten der Weg ins Freie durch brennende Sparren verwehrt wurde. Bei der Flucht über das abgedeckte Dach erlitten beide schwere Brandwunden und mußten ins Krankenhaus überführt werden, wo einer von ihnen an den erlittenen Wunden gestorben ist.

Gegen die Entente-Märchen.

Von der Firma Krupp wird dem Wolffbüro mitgeteilt: Eine Pariser Meldung, 47 000 neue Gewehre seien bei Krupp ermittelt worden, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Krupp-Essen hat bekanntlich überhaupt nie Gewehre hergestellt. Das kleine Kruppsche Stahlwerk in Annen (Westf.) walzt von altersher Gewehrlaufstäbe, namentlich für Jagdgewehre, ist aber auch als Unterlieferant für Waffen der Reichswehr zugelassen. Dementsprechend hat Annen im Jahre 1924 etwa 25 000 rohe, ungebohrte Laufstäbe für die von der Kontrollkommission zugelassenen Gewehrstäbe gewalzt und dieses auch gegenüber den Kontrollbehörden niemals verheimlicht.

Reichsminister Geßler hat in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des Berliner Tageblattes die französischen Meldungen über die angeblichen Waffenfunde ebenfalls eingehend widerlegt. Der Minister führte hierzu aus:

Die erste große Sensation war die Nachricht von einem großen Geschützfund auf dem Truppenübungsplatz Königsbrück. Es stellte sich hier heraus, daß die angeblich verheimlichten Geschütze 14 alte Zielgeschütze waren, die seit langen Jahren als Zielscheiben dienten und die auch die Spuren dieses Gebrauches zeigten.

Die nächste große Nachricht war der angebliche Fund von Ausrüstungengsmaterial für 3 Divisionen. Den Kern dieser Sage bildete der Fund von 20 alten Sätteln, 43 verrosteten Karabinern und Gewehren, 15 alten Maschinengewehrgestellen ohne Gewehre und einigem Zubehör bei einem Dresdener Reiterregiment. Merkwürdigerweise wurde ein Fund von 27 Seitengewehren und 31 Läufen in Dessau wenig ausgeschlachtet, dagegen reizte es die Phantasie der französischen Berichterstatter, daß in einem alten, man denke zugebauten, Gang der Schießstände in Ruhleben ein Fund gemacht wurde. Es handelte sich allerdings nur um verrostete Wasserkästen für Maschinengewehre, die nicht einmal mehr das Einschmelzen lohnten. Nachdem der Minister dann auf den vorstehenden Fall Krupp eingegangen war, fuhr er fort:

Die Weihnachtsüberraschung bildete dann ein angeblicher Riesenfund von 40 000 Stahlstäben für die Fabrikation von Gewehren und von Maschinengewehren. An diesem Fall ist die Reichswehr überhaupt nicht beteiligt. Ich kann Ihnen aber sagen, um was es sich handelt. Am 23. Dezember hat die Kontrollkommission in den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau in einem Lagerschuppen 40—45 000 sogenannte „Rohlinge" gefunden, das sind Stahlstäbe, aus

denen man Gewehrläufe machen kann. Nun fabriziert aber die Fabrik Jagd- und Sportwaffen, irgend ein Indizium, daß geplant war, aus diesen Rohlingen Militärgewehre und nicht Jagd- und Sportwaffen zu machen, liegt nicht vor. Die Stäbe waren auch nicht etwa versteckt, sondern lagern seit 1919 oder vielleicht noch länger in alten Holzverschlägen, deren Türen nicht einmal verschließbar waren, und die deshalb mit einem Nagel notdürftig zugeschlagen waren. Rund 10 000 von diesen Rohlingen haben etwas größeres Format. Um diese Stäbe verwerten zu können, hat die Firma schon vor längerer Zeit der Interalliierten Militärkontrollkommission einige Musterstücke davon mit Vorschlägen über die Verarbeitung in doppelläufige Jagdflinten geschickt. Auch dies spricht nicht gerade für die Heimlichkeit dieses Lagers. Das ist der Tatsachenkern, der den Sensationsmeldungen der französischen Presse zu Grunde liegt.

Die Auffrischung der französischen Nation.

Einbürgerung von Farbigen.

In der französischen Kammer wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der bestimmt, wie die Eingeborenen französischer Kolonien und Schutzgebiete französische Staatsbürger werden können. Sie müssen 18 Jahre alt und unbestraft sein, französisch sprechen können, die Ehrenlegion besitzen oder eine Prüfung abgelegt haben. Alle diese Vorbedingungen sind aber nicht nötig, wenn der farbige Franzose eine Französin heiratet oder in der französischen Armee den Rang eines Unteroffiziers oder Offiziers erhalten hat.

20 000 Farbige im besetzten Gebiet.

Die Franzosen, die durch Mischehen zwischen Farbigen und Französinnen die französische Nation aufzufrischen versuchen, halten nach einer neuen zuverlässigen Zusammenstellung im besetzten Gebiet zurzeit folgende Truppen:

Das 16. Tir.-Reg., Standort Kreuznach-Pirmasens, das 20. Tir.-Reg. in Kaiserslautern-Zweibrücken, das 23. Tir.-Reg. in Wiesbaden-Höchst, das 28. Tir.-Reg. in Duisburg, das 33. Tir.-Reg. in Griesheim-Kestheim, das 35. Tir.-Reg. in Ludwigshafen-Worms, das 61. Tir.-Reg. in Mainz, das 64. Tir.-Reg. in Speyer-Germersheim, das 65. Tir.-Reg. in Euskirchen-Bonn, das 5. Spahi-Reg. in Mainz-Gensenheim, das 6. Spahi-Reg. in Landau.

Folgende Truppenteile der Besatzungsarmee sind zum Teil aus Farbigen zusammengesetzt: das 9. Art.-Reg. in Landau, das28. Art.-Reg. in Biebrich-Schierstein-Dotzheim, das 12. Pionier-Reg. in Koblenz-Bonn-Speyer, das 52. Pionier-Bat. in Trier, das 25. Art.-Arbeiter-Bat. verteilt auf größere Standorte, und die 121. Train-Abteilung, die ebenfalls auf verschiedene größere Standorte verteilt ist.

Bei den farbigen Truppen handelt es sich meist um braune Mannschaften. Neger sind gegenwärtig nicht vorhanden. Bei der Artillerie, den Pionieren und besonders beim Train sind eine größere Anzahl der Mannschaften auch Gelbe (Malayen usw.).

Die Gesamtsumme der farbigen Soldaten auf deutschem Boden kann auf über 20 000 veranschlagt werden.

Getäuschte Hoffnungen Krassins.

Es bestätigt sich jetzt, daß Krassin erst Mitte Januar nach Moskau reisen wird, um die Sowjetregierung über die bestehenden Schwierigkeiten zu unterrichten. Diese Schwierigkeiten sind nicht nur auf die Wiederanbahnung wirtschaftlicher Beziehungen; vielmehr haben sich auch durch die bekannte aufdringliche bolschewistische Propaganda, die in jeder Aeußerlichkeit zutage tritt, starke politische Mißhelligkeiten ergeben. Die Kundgebungen am Tage der Ankunft Krassins, besonders die Flaggenzeremonie unter Mitwirkung eines kommunistischen Orchesters, riefen in rechtsgerichteten Kreisen großes Aufsehen hervor. Krassin wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Demonstrationen dieser Art die öffentliche Meinung stark erregen und der Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen den beiden Ländern schwere Schäden zufügen. Dem russischen Botschafter wurde nahegelegt, in Zukunft von solchen Kundgebungen abzusehen.

Die Wirtschaftsbesprechungen,

die zwischen de Monzie und Krassin stattgefunden haben, haben ferner gezeigt, daß für eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Frankreich und Rußland vorläufig noch alle Voraussetzungen fehlen. De Monzie stellte folgende Bedingungen: 1. Die volle Anerkennung der Vorkriegsschulden. 2. Schadloshaltung der französischen Untertanen, deren Besitz in Rußland der Beschlagnahme anheim fiel. Gleichzeitig wurde den Russen unzweideutig zu verstehen gegeben, daß sie auf Kredite nicht rechnen dürfen. Auf alle Fälle aber keine Rede davon sein kann, daß die französische Regierung irgend welche Kreditoperationen verbürge. Die französischen Banken verfügen außerdem augenblicklich nicht über angemessene Geldbeträge. Außerdem besteht zwischen den franko-amerikanischen Banken ein Abkommen, wonach ohne vorhergehende gegenseitige Benachrichtigung den Sowjets Kredite nicht bewilligt werden dürfen.

Zugeständnisse Rußlands?

Um diese Schwierigkeiten zu beheben, möchte Krassin der Sowjetregierung die Anerkennung der Vorkriegsschulden oder wenigstens eines Teiles vorschlagen. Durch ein besonderes Gesetz soll ihre Bezahlung nicht nur durch das von der französischen Regierung beschlagnahmte Geld (350 Millionen Franken), sondern auch durch den Goldvorrat sichergestellt werden, den die russische Regierung in Brest-Litowsk den Deutschen aushändigte und der seitdem in die Hände der Verbündeten übergegangen ist. Es bleibt abzuwarten, ob Krassin in Moskau die Zustimmung zu seinen Vorschlägen erhalten wird und ob durch ein solches Zugeständnis die Pariser Wirtschaftsbesprechungen günstig beeinflußt werden würden.

Auswanderung nach Peru?

(D. A. J.) Trotz der Mißerfolge der Auswanderergruppe des Prof. Kürschner-Ulm in Peru wird in letzter Zeit durch die deutsche Presse und durch eigens zu diesem Zweck gegründete Auswanderer- und Siedlungsgesellschaften eine unverantwortliche Propaganda für ein Kolonisationsunternehmen im Innern von Peru gemacht, ohne daß genau zu erkennen wäre, um welches Siedlungsgebiet es sich handelt. Beachtenswert erscheint daher eine Mitteilung, welche der deutsch-evangelische Geistliche in Lima und Callao in Peru vor kurzem dem Deutschen Auslands-Institut gemacht hat. Er schreibt:

„Sind auch Gegenwart und Zukunft in Deutschland dunkel, noch viel dunkler ist das Schicksal, das den deutschen Auswanderer und seine Angehörigen im Innern Perus erwartet. Dieses ist noch ohne genügende Verbindung mit der Küste und eignet sich daher nicht zum Kolonisieren. Eine Kommission von deutschen Sachverständigen hat dies festgestellt. Von ihr ist das Problem der deutschen Einwanderung eingehend erwogen und unausführbar gefunden. Mehrere von Engländern, Amerikanern und Ungarn gemachte Kolonisierungsversuche sind wegen des Mangels an Wegen und Verkehrsmitteln kläglich gescheitert. Die riesenhaften Entfernungen in dem spärlich bevölkerten, ausgedehnten Land bringen aufreibende Strapazen und enorme Kosten. Versprechungen, welche in Büchern und Zeitungen gemacht werden, sind ganz wertlos, solche, von Personen gegeben, sind mit größter Vorsicht zu behandeln. In jedem Falle sollten die offiziellen Auskunftsstellen in Deutschland, die ständig auf dem laufenden erhalten werden, um Rat gefragt werden.

Wer sich trotz dieser gut gemeinten Warnung verleiten läßt, hat es schwer zu büßen und wird es bitter bereuen, wenn er bei seiner Ankunft im fremden Lande allein steht, denn die kleinen deutschen Kolonien in Lima und Callao sind nicht in der Lage, wirksam zu helfen, da sie durch Aufwendungen für patriotische und humane Zwecke innerhalb der Kolonie und für die Not im Vaterlande pekuniär bis zum äußersten in Anspruch genommen sind.

Bünger."

Der deutsch-polnische Grenzverkehr.

Zwischen Deutschland und Polen haben in der Zeit vom 19. bis 23. d. Mts. in Warschau Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens über den kleinen Grenzverkehr stattgefunden, das an Stelle der am 31. Dezember d. Js. abgelaufenen Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs und des Abkommens über den oberschlesischen Grenzbezirk treten soll. Die Verhandlungen haben zu einem Einverständnis über die Grundlage des neuen Abkommens geführt, das voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats unterzeichnet werden wird. Die beteiligten Regierungen haben sich darüber verständigt, daß die Bestimmungen der bestehenden Abkommen noch bis zum 1. Mai 1925 weiter beobachtet werden sollen. Vom 1. Januar 1925 an werden jedoch schon die für das neue Abkommen in Aussicht genommenen Gebühren, die für einen Ausweis für eine einmalige Reise 0,50 Reichsmark oder 0,50 Zloty, für einen Dauerausweis 2 Reichsmark oder 3 Zloty und für einen Wirtschaftsausweis 3 Reichsmark oder 4 Zloty betragen, erhoben werden.

Herriot über Deutschlands Entwaffnung.

Der Abg. Lautier hat vor der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten einen Brief Herriots über die Entwaffnung Deutschlands verlesen. Herriot teilt darin mit, daß er einen offiziellen Bericht der Interalliierten Kontrollkommission noch nicht erhalten habe, daß er aber bestimmt hoffe, der Kommission Mitte Januar erschöpfende Auskünfte über den Stand der deutschen Abrüstung geben zu können. Aus den bereits vorliegenden Meldungen gehe indessen hervor, daß Deutschland verschiedene Vorstellung der Verbündeten über seine Abrüstung unbeachtet gelassen habe. Herriot weist insbesondere auf die Vergrößerung des Generalstabes (?) und die Verstärkung der Polizeimannschaften hin und behauptet außerdem, daß durch die Firma Krupp die Herstellung von Gewehren erfolgt sei (?). Die Kommission eröffnete einen kurzen Meinungsaustausch über den Inhalt des Briefes. Loucheur erklärte unter Zustimmung der Kommission, es sei besonders interessant, zu erfahren, welche Haltung Deutschland seit Beginn der Räumung des Ruhrgebietes eingenommen habe. Lautier wird darauf von der Kommission beauftragt, von Herriot genaue Angaben über den Stand der deutschen Abrüstung seit Einstellung der Ruhrbesetzung zu erbitten.

Ein Blick in die englisch-französische Geheimküche.

Der „Eclair" veröffentlicht einen amtlichen Bericht über die Begegnung Herriots mit Ramsay Macdonald am 21. und 22. Juni 1924. Das Blatt will das offizielle Dokument aus einem Archiv des Ministeriums des Aeußeren erhalten haben. Der Bericht besitzt historischen Wert, da die damals getroffenen Vereinbarungen im Verlauf der Pariser Besprechungen und während der Londoner Konferenz nicht alle in die Wirklichkeit umgesetzt wurden. Im Vordergrund der Aussprache zwischen den beiden Ministerpräsidenten sind die Frage der Räumung des Ruhrgebietes, ohne daß die Räumung der Kölner Zone auch nur mit einem Wort erwähnt wurde. Herriot bestand lediglich darauf, daß die rheinischen strategischen Eisenbahnen aus der Debatte ausgeschaltet wurden.

Ehrensäbel und Ehrenrevolver.

Das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees des russischen Sowjetbundes hat eine Verordnung über militärische Auszeichnungen für die höchsten Offiziersklassen der Roten Armee erlassen, die neben dem bereits bestehenden Orden der Roten Fahne verliehen werden können. Es sind dies ein Ehrensäbel, mit vergoldetem Griff, an dem der Orden der Roten Fahne angebracht ist, und als Ehrenwaffe 2. Klasse ein Revolver dessen Kolben ebenfalls das Ordenszeichen und daneben eine silberne Platte trägt mit der Inschrift: „Dem ehrenhaften Krieger der roten Arbeiter- und Bauernarmee". Verliehen werden diese Ehrenzeichen nur an Chefs größerer Truppenteile, und zwar nur für besondere Verdienste im Felde.

Berufung im Magdeburger Prozeß.

Die zu erwartende Berufungsverhandlung im Magdeburger Beleidigungsprozeß wird vor dem Magdeburger Landgericht stattfinden. Die erste Verhandlung fand vor dem sogenannten erweiterten Schöffengericht statt, das aus dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Bewersdorf, einem zweiten Amtsrichter und zwei Schöffen bestand. Gegen diese Entscheidung ist binnen Wochenfrist seit der Verkündung die Berufung zulässig. Diese geht an die „Große Strafkammer" des Landgerichts Magdeburg, die aus einem Vorsitzenden, zwei anderen Berufsrichtern und zwei Schöffen besteht. In der Berufungsinstanz kann der ganze Prozeß von neuem aufgerollt werden. In der Hauptverhandlung hält ein Berichterstatter einen Vortrag über die Ergebnisse des bisherigen Verfahrens; das Urteil erster Instanz ist stets zu verlesen; sodann erfolgt von neuem die Vernehmung des Angeklagten und die Beweisaufnahme.

Das Recht zur Berufung steht einerseits dem Angeklagten, andererseits der Staatsanwaltschaft und unabhängig davon dem Nebenkläger zu.

Gegen die Entscheidung der „Großen Strafkammer" findet die Revision an den Strafsenat des Reichsgerichts statt. Diese kann nur darauf gestützt werden, daß das Urteil auf einer Gesetzesverletzung beruht, so daß in dieser dritten Instanz jede Beweisaufnahme ausgeschlossen und der von der Strafkammer festgestellte Tatbestand zugrunde zu legen ist.

Eine neue Windkraftmaschine.

Gelungene Versuche.

In Berlin-Wittenau fand die Vorführung einer neuen Aero-Dynamo-Windkraftmaschine statt, die gegenüber den bisherigen Windmühlen und Windmotoren erhebliche Verbesserungen aufweist. Die Konstruktion der neuen Maschine stammt von Major a. D. Bielau, der sie in jahrelangen Studien und Versuchen entwickelt hat.

Der aus vier Flügeln bestehende Propeller (Durchmesser des vorgeführten Apparates 9 Meter lang) ist in seinen Einzelheiten im Göttinger Aero-Dynamischen Institut ausgebildet, die Flügel sind fest auf der Achse aufmontiert und weder dreh- noch steuerbar. Sie nähern sich in der Form stark den Propellerformen von Flugzeugen und Luftschiffen mit zwei kleinen Zahnrad-Vorgelegen, fast unmittelbar gekoppelt mit dem Propeller und an die kraferzeugende Dynamo-Maschine. Sie befindet sich also ebenso hoch in der Luft wie der Propeller selbst. Dynamo und Vorgelege sind in einer Windhaube vereinigt, hinter der sich der Propeller befindet, sodaß der für die Windkrafterzeugung wichtige Unterdruck (Rückseite) des Propellers im vollen Umfang für die Kraftgewinnung ausgenutzt werden kann. Der von der Firma Reschke gelieferte Propeller und die Dynamo-Maschine befinden sich auf einem Stahlbetonmast, der sehr einfach mit drei Drahtseilen ohne weiteres Fundament oder Erdbohrungen montiert werden kann.

Der Erfinder hofft, das leicht transportable Aggregat überall dort mit Nutzen aufstellen zu können, wo die Zuführung elektrischen Stromes von außen unmöglich erscheint. Die Einrichtung des Schaltbretts, die dahintergeschaltete Batterie erlauben die gleichmäßige Erzeugung von 220 Volt elektrischen Stromes bis zu zehn Kilowatt. Sie genügt zur Strombedarfsdeckung für Beleuchtung und Kraft für mittlere landwirtschaftliche Betriebe ohne weiteres und kann durch Verwendung eines größeren Aggregats oder mehrerer gleich großer Aggregate beliebig gesteigert werden. Der Verkauf ist nur nach solchen Gegenden beabsichtigt, die auf Grund jahrelanger Beobachtungen genügend Gewähr für dauernden Windantrieb ohne allzu lange Flauten bieten. Die gesamte Anlage wiegt nicht ganz drei Tonnen und ist infolgedessen auch für den Transport nach Uebersee sehr geeignet.

Weitere Nachrichten.

— **Eine folgenschwere Explosion** ereignete sich auf dem japanischen Bahnhof Otaru. Ein Behälter mit Dynamit fiel zu Boden und brachte weitere 865 Behälter zur Explosion. Der Bahnhof geriet in Brand. Mehrere Leichter sanken und die in der Nähe liegenden Gebäude wurden zum Einsturz gebracht. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 50 Personen getötet, 50 schwer und 289 leicht verletzt.

— **Ein unachtsamer Chauffeur.** Zwischen Freiberg und Kleinschirma (Sachsen) überrannte ein Brauereilastauto an einer Wegekreuzung die Bahnschranke und fuhr dem Eilzug Dresden—München in die Flanke. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert, der Führer indes nur leicht verletzt. Nur durch einen Zufall wurde ein schweres Eisenbahnunglück verhütet.

— **Plünderung einer Bank.** Die Zweigniederlassung der Holsteinschen Bank in Holstenbeck wurde von zwei Räubern heimgesucht. Den Verbrechern fielen 3000 Mark in die Hände. Der Räuber konnte nach kurzer Verfolgung festgenommen werden. Das geraubte Geld wurde noch bei ihm vorgefunden.

— **Schauerlicher Fund.** Unweit Sandwich (England) ist man bei der Freilegung der Reste eines alten Römerhauses auf ein menschliches Skelett gestoßen, dessen Armknochen in eisernen Handfesseln steckten. Zweifellos hat man es mit den Ueberbleibseln einer Tragödie zu tun, die sich vor vielleicht anderthalb Jahrtausend abgespielt haben dürfte.

— **Der Konkurs** über das Vermögen der deutschen Opernhaus-Betriebs A.-G. in Berlin ist eröffnet worden. Der Konkursverwalter wird alles daran setzen, um den Betrieb des Opernhauses in der bisherigen Weise fortzusetzen, sodaß die Vorstellungen wie bisher stattfinden werden. Das deutsche Opernhaus ist Eigentum der Stadt Berlin.

Kleine Nachrichten.

Der deutsche Botschafter Wiedfeldt hat in Washington gegen die beabsichtigte Hinausschiebung der Räumung Kölns Vorstellungen erhoben.

„Chicago Tribune" bringt aufsehenerregende Mitteilungen über ein angebliches Geheimabkommen zwischen Italien, Jugoslawien und Griechenland, das eine Teilung Albaniens bezweckt.

Nach einer Pariser Meldung der Tribuna verhandelt Nintschitsch in Paris mit Venizelos und Politis über eine neue Vereinbarung mit Griechenland, und zwar mit Erfolg. Da auch Rumänien bereit sei, ihr beizutreten, steht die Bildung eines Balkan-Dreibundes bevor.

Die bulgarische Polizei hat eine Summe von 3 115 000 Lewa beschlagnahmt, welche für

Nach der Tribuna habe es bei Durazzo noch einen Kampf gegeben. Die Verluste Fan Nolis werden auf 400 Mann geschätzt, die Zagus seien nicht zu überblicken. Der Kampf um Skutaris gehe fort.

die kommunistische Propaganda bestimmt war.

Der deutsche Botschafter in Madrid, begleitet von dem Präsidenten des Klubs Germania und dem des Deutschen Turnvereins überreichte dem Präsidenten des Direktoriums 17 000 Peseta als Beitrag der deutschen Kolonie für die Weihnachtsspende an die Soldaten in Marokko.

Stimmen aus dem Leserkreise.

(Unter die er Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

Eingesandt.

Kamen, 30. Dez. (Publikum und Notare.) Bisher war es, wenigstens in Preußen, üblich, daß das Publikum mit seinen Kauf- und Hypothekensachen zum Notar ging. Er war der ständige Berater seines Bezirks. Zum Gericht ging man nur, wenn es unbedingt nötig war. Das ist jetzt anders geworden. Seitdem der Staat in den Gerichtsschreibern der Grundbuchämter den Notaren eine Konkurrenz geschaffen hat, wandern die Beteiligten in großen Scharen vom Notar ab zum Gericht. Was ist der Grund? Sie glauben dadurch Kosten zu sparen, halten den Notar für teurer, als den Gerichtsschreiber. Das ist ein großer Irrtum. Das Publikum bezahlt bei den Gerichten nicht weniger als beim Notar. Dabei ist doch schließlich der Notar kraft seiner Vorbildung und Erfahrung in allen juristischen Sachen bewanderter und daher den Beteiligten förderlicher als der Grundbuchführer. Deshalb wäre es gerade jetzt, wo infolge der Aufwertung der Hypotheken im Grundbuchverkehr soviele und so schwierige Fragen zu lösen sind, für die Menge der Beteiligten viel richtiger, sie gingen nach wie vor zu ihrem Notar, der ihnen von jeher ein zuverlässiger Berater war und jederzeit zur Verfügung steht. Auch von anderer Seite ist das Notariat stark bedroht, nämlich durch die Rechtskonsulenten. Namentlich nach dem großen Beamtenabbau haben sich viele Elemente auf die Urkundenanfertigung geworfen. Mit Formularen denken sie alles ebenso gut, wie die Notare machen zu können. Das Publikum hat dort nicht die geringste Gewähr für richtige Beratung; es muß, da der Rechtskonsulent nicht Beamter ist, dann noch zum Gericht, hat also zweimal zu zahlen. Und schließlich weiß es nicht einmal, was es zu zahlen hat, da zwar der Tarif für Gerichte und Notare (wie oben bemerkt, ist es derselbe) feststeht, die Rechtskonsulenten aber nach Gutdünken liquidieren können. Darum kann man nur allen, die mit Hypotheken- und Grundstücksgeschäften zu tun haben, den Rat geben, sich auch fernerhin der Hilfe der bewährten Notare zu bedienen, für die sie nicht mehr zu zahlen haben, als an anderen Stellen auch.

Briefkasten.

Nr. 23. Doppeltaler wurden zuerst im Jahre 1834 in Kurhessen und Braunschweig geprägt und im August 1837 von Bayern, Württemberg und anderen süddeutschen Staaten übernommen. Auf Grund der Dresdener Konvention vom Juli 1838 fand der Doppeltaler auch in Preußen, Sachsen, Thüringen und Anhalt Eingang. Er hatte einen Silberwert von 6,0134. Im Jahre 1857 erfuhr der Doppeltaler in bezug auf sein Gewicht eine geringe Abschwächung. Nach unseren Feststellungen sind die Taler bis zum Jahre 1876 im Umlauf gewesen. Papierscheine in Höhe von 3 Mark hat es weder vor noch nach 1870 gegeben.

1892. In Schlesien galt nach dem Gesetz vom 11. Juli 1845 bis zum Jahre 1900 das getrennte Güterrecht nach dem allgemeinen Landrecht.

Wetter-Aussichten

31. Dez.: Wenig verändert.
1. Januar 1925: Kaum verändert.
2. Jan.: Sonne, teils Wolken, kalt, vielfach Nebel.
3. Jan.: Veränderlich, meist naßkalt.

BRÖNCHIOL
Wenn Husten, Heiserkeit Dich plagt,
So nimm „Bronchiol", das nie versagt.
Deutschlands führende Husten-Tablette
Erhältlich in allen Apotheken und besseren Drogerien.
Achten Sie bitte auf den Namen „Bronchiol."

Weitere Nachrichten.

— **Ueberfall und Raub.** Auf dem Bahnhof in Hermsdorf bei Berlin wurde ein schwerer Raubanfall verübt. In den ersten Nachmittagsstunden kam ein Mann in den Kassenraum. Hier traf er den Eisenbahnassistenten Paul Paetzold, der allein anwesend war. Der Unbekannte fragte Paetzold, wo der Bahnhofsvorsteher sei. Nachdem ihm die Antwort zuteil geworden war, daß dieser zu Tisch gegangen sei, fiel er über Paetzold her und schlug ihn zu Boden. Dann raubte er aus der Stationskasse 600 Mark und verschwand. Paetzold wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

— **Zwei Spritschieber festgenommen.** In der Chemischen Fabrik von Roese in Erkner bei Berlin ist man größeren Spritschiebungen auf die Spur gekommen. Die Fabrik hat Sprit, den sie vom Reichsmonopolamt für Branntwein zum besonders ermäßigten Preise zwecks Verwendung zu Heilmitteln und dergleichen bezogen hat, unverarbeitet an die Berliner Likörfabrik von Freudenberg verschoben. Der Fabrikinhaber Roese sowie Freudenberg nebst einem Angestellten sind verhaftet worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß Roese ein bereits wiederholt mit Gefängnis bestrafter Klempner und Maschinist ist. Es dürften auch in diesem Falle wieder sehr erhebliche Beträge an Monopolabgaben hinterzogen sein. Die anfälligen Strafbeträge werden jetzt schon auf weit über 100 000 Goldmark geschätzt.

— **Ein gutes Geschäft** hoffte ein französischer Industrieller zu machen, der für eine Fabrik, die bereits vor dem Kriege außer Betrieb gesetzt worden war, eine Kriegsentschädigung von 8 500 Franken verlangt, von der bereits über 600 000 Franken ausbezahlt worden sind. Der Präfekt des Departesents Nord hat gegen ihn eine Klage wegen Hochstapelei angestrengt. Der Senat verlangt die Rückzahlung von 697 000 Franken.

— **Nach Unterschlagung von 12 000 Goldmark flüchtig.** Der bei einer Exportfirma beschäftigte Expedient Max Beklow erhielt den Auftrag, den Betrag von 12 000 Mark bei einer Bank einzuzahlen. Beklow unterschlug jedoch das Geld und kehrte nicht auf seinen Posten zurück. Er hat sich auch in seiner Wohnung nicht mehr sehen lassen. Es ist anzunehmen, daß Beklow die veruntreute Summe im Spiel und in lustiger Gesellschaft durchzubringen versuchen wird.

— **Hoch klingt das Lied vom braven Mann.** Bei einem Schülerausflug nach dem Wiener Prater brachen einige Schüler, die sich auf das Eis begeben hatten, ein. Der sie begleitende Lehrer Professor Gmeiner wollte den Kindern Hilfe bringen, brach aber gleichfalls ein und ertrank, während die Kinder gerettet werden konnten.

— **Ein Fall von fürchterlicher Lynchjustiz** ereignete sich in Charleston (Missouri). Der Mob entriß der Polizei einen Neger, der angeklagt war, sich an einem weißen Mädchen vergangen zu ha ben. Man hängte ihn, gab drei Schüsse auf seinen Körper ab, nahm den Leichnam dann ab, schleifte ihn an einem Kraftwagen durch die Straßen des Negerviertels und verbrannte ihn schließlich an einem großen „Freudenf uer".

— **Wei n chten als öffentliche Feiertage in Rußland wieder anerkannt.** In Rußland werden die Weihnachtsfeiertage wieder als öffentliche Feiertage anerkannt. Die Geschäfte bleiben an diesen Tagen geschlo sen, die Stad bahnen werden nicht verkehren. Den Industrieunternehmern wurde gestattet, auch den 27 Dezember zu feiern.

— **Im Irrsinn aus dem Zuge gesprungen.** Ein Hüttenarbeiter aus Königshütte erlitt auf der Eisenbahnfahrt nach Beuthen (OberschI.) einen Tobsuchtsanfall und machte den Versuch, aus dem Fenster zu springen. Nur mit Gewalt vermochten Mitreisende diesen von seinem Vorhaben zurückzuhalten. Bald darauf gelang es ihm, die Tür zu öffnen und hinauszuspringen. Er wurde dabei derartig gegen den fahrenden Zug geschleudert, daß er unmittelbar seinen Tod fand.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 30. Dez. Zu dem gestrigen Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 435 Stück Großvieh, 346 Kälber, 193 Schafe, 2014 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund Lebendgewicht: Rinder. 1. Ochsen: a) 57—60, b) 52—56, c) 42—51, d) 32—41; 2. Bullen: a) 50—52, b) 40—49, c) 30—39; 3. Färsen und Kühe: a) 57—58, b) 53—56, c) 40—52, d) 28—39, e) 15—27. Kälber. b) 90—95, c) 80—89, d) 70—79, e) 58—69. Schafe. 2. Weidemastschafe: b) 25—40. Schweine. a) 78—80, b) 78—80, c) 75—77, d) 72—74, e) 66—71. Marktverlauf: Kälber flott, sonst langsam. In den Preisen sind enthalten die Unkosten an Fracht, Viehhofgebühren, Umsatzsteuer, Händlergewinn.



Gestern abend 10 Uhr entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe, gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, die Witwe

Frau Karoline Grieger

geb. Polte

im Alter von beinahe 76 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bergkamen, Beckhausen u. Schlesien, den 29. Dezember 1924.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Januar 1925, nachmittag um 3 Uhr von der Leichenhalle der evangelischen Kirche aus statt. 3969

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Verstorbenen sprechen wir hiermit allen, insbesondere der kirchl. Gemeindevertretung, der Schneiderinnung und dem Gesellenverein, unsern

herzlichsten Dank

aus. 3943

Familie Etling.

Zum neuen Jahre

empfehlen wir

Geschäftsbücher

aller Art

sowie sämtliche Schreibutensilien.

Buchhandlung der Kamener Zeitung,

Kamen, Markt 15.



Jagdschutz-Verein f. d. Kr. Hamm i. W.

Der Beschluß der Generalversammlung, mit dem 1. Jan. eines jeden Jahres mit dem

Abschuß der Hasen



aufzuhören, wird in Erinnerung gebracht.

3971 **Der Vorstand.**

Zwangs-Versteigerung.

Mittwoch, den 31. ds. Mts., vormittags 9,30 Uhr, werde ich beim Wirt Rieder hier:

1 Sofa mit Plüschbezug, 1 Sofatisch (Ausziehtisch), 1 Schreibtisch, 1 Schreibtischsessel, 1 Rauchtischchen, 5 Korbsessel und 1 Vertikow.

Ferner **nachmittags 3 Uhr** in der Wirtschaft Schulze-Bergkamen:

1 Sofa mit Umbau, 12 Paar Mädchenhalbschuhe und 1 Pinn-Maschine

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. 3947

Kamen, den 29. Dezember 1924.

Falley, Obergerichtsvollzieher.

Katholisch. Männer-Gesang-Verein.

Dienstag, den 30. Dez., abends 8½ Uhr, y3955

Gesangstunde.

Der Vorstand.

Ein Geschenk des Himmels

gegen Grippe ist

„Aufs Blatt"

vorrätig in 1/1 und 1/2 l. Originalflaschen. y3940

Für Silvester

empfehle:

Original Jamaika-Rum Rum-Verschnitt Arrak- und Rumpunsch.

Hermann Timmering,

Kamen.

Hochtragende

Kuh



zu verkaufen. y3957

Wo? sagt die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Ordentlicher

Laufjunge

sofort gesucht. y3945

Hamburger Kaffeelager,

Thams & Garfs.

Zum baldigen Eintritt ein ordentliches y3944

Mädchen

für alle Arbeit gesucht.

Kamen i. W., Oststraße 8.

---

1 oder 2 leere

Zimmer

von einzelner Person, Nähe Bahnhof gesucht.

Zuschriften an die Kamener Zeitung erbeten. b3970

Silvester-Angebot!

Ia. Rum-Verschnitt	½ Fl.	1.95
Ia. Jamaika-Rum-Verschnitt	½ Fl.	2.50
Ia. „	1/1 Fl.	4.50
Ia. Arrak-Verschnitt	½ Fl.	2.80
Ia. Punsch-Essenzen	½ Fl.	2.50
Ia. Weinbr.-Verschnitt	½ Fl.	1.80
Ia. „	1/1 Fl.	2.80
Ia. Weinbrand	½ Fl.	2.40
Ia. „	1/1 Fl.	4.50
2 Pfd. Dose Ananas		2.40
2 „ „ Pfirsiche		1,80
2 „ „ Erdbeeren		2.75

Gebr. Wolff

3941

Zum Jahreswechsel!

Glückwunschkarten
Besuchskarten
Verlobungskarten
Verlobungsbriefe

in geschmackvoller Ausführung

Kamener Zeitung, Markt 15.

Knappen-Verein Kameradschaftl. Eintracht Glück auf in Kamen.

Mittwoch, den 31. Dezember 1924, in den Lokalitäten des Schützenhofes



großer Silvester-Ball.

Anfang 6 Uhr.

Es ladet freundlichst ein

3942 **Der Vorstand.**

Anzeigen in der Kamener Zeitung haben stets Erfolg

Neujahrsglückwunschkarten

in den feinsten Ausführungen zu haben in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung, Markt 15.

nun auf dem Wege zur Zeitung, um das Inserat aufzugeben. Unterwegs überlas er noch einmal, was ihm sein Genius gestern abend eingegeben hatte:

Ich schau zurück mit dreiunddreißig Lenzen
Auf eine Jugend, seltsam wild bewegt;
Hat sich der Sturm und Drang auch längst gelegt:
Mich quälen heute noch die Konsequenzen. — —
Und dennoch seh' ich meine Zukunft glänzen,
Und habe stets die Hoffnung froh gehegt,
Daß auch für mich ein treues Herze schlägt,
Mein einsam Leben liebend zu ergänzen.....
Wo sind' ich dich du schöne Mädchenseele,
Die du den Mut hast, meines Herzens Wildnis
In einen Blumengarten umzupflegen??...
Auf daß ich nicht die Richtige verfehle:
O eile, mir vertrauend Brief und Bildnis
Offerte „W. S. 1" zu hinterlegen!

Die Brust von froher Erwartung geschwellt, schritt er weiter und hatte auch bald die Geschäftsstelle der Zeitung erreicht. Etwas beklommen trat er ein; es war doch ein wenig genierlich, so ein Heiratsgesuch persönlich aufzugeben! Doch kurz entschlossen, trat er an den Schalter und legte den Zettel hin; dabei reckte er sich so hoch auf, daß die Schalterbeamtin nicht bis an sein Gesicht sehen konnte. Er sah eine schmale, feingepflegte Hand das Papier erfassen und damit verschwinden. Dann wartete er. Eine Minute. Noch eine. Endlich ward er ungeduldig, er beugte sich vor und schaute — schaute in ein Paar dunkelbrauner Mädchenaugen, die sich eben von dem Inserat lösten und sich jetzt mit solch tiefgründigem, rätselhaft ernstforschendem Ausdruck in die seinen versenkten, daß es ihn durchzuckte wie ein elektrischer Schlag. Sekunden vergingen. Wortlos starrten sich die beiden jungen Menschenkinder an. Endlich brach die junge Dame das verlegene Schweigen, indem sie mit vibrierender Stimme fragte: „Wann soll das erscheinen, mein Herr?" Ein heftiger Schreck durchfuhr den jungen Mann. Um Gott! Das durfte nicht sein! Das Inserat durfte nicht mehr gedruckt werden, nachdem er in diese Augen geblickt hatte. Wirre Gedanken schossen ihm durchs Hirn; eines nur fühlte er klar: Der gegenwärtige Augenblick war der große Wendepunkt in seinem Leben; wenn er diese Sekunde ungenützt verstreichen ließ, dann durfte er nur ruhig die Hoffnung auf ein Glück, wie es ihm vorschwebte, einsargen. Denn das liebreizende Geschöpf, das da in holdseliger Verwirrung vor ihm stand, das war „sie", die Eine, die Einzige, nach der sein Herz in dunklen Stunden der Einsamkeit geschrien hatte. — Ein frischfroher Wagemut kam plötzlich über ihn und ließ ihn alle Befangenheit abstreifen. Liebenswürdig lächelnd fragte er zurück: „Aber, mein Fräulein, wozu sollte das jetzt denn noch gedruckt werden, nachdem es seinen Zweck doch schon erfüllt hat"? Eine flammende Glutwelle überflutete das zarte Oval des jungen Mädchens, als dieses ihm bestürzt entgegenstotterte: „Wie — wie meinen Sie das?" — Da hörte Werner Eschwaldt plötzlich eine Türe gehen — es kam jemand. Schnell beugte er sich weiter vor und fragte in eindringlich bittendem Tone: „Darf ich Ihnen diese Frage nach Geschäftsschluß erschöpfend beantworten?" Verwirrt, halb mechanisch, neigte sie das allüberall Köpfchen. Froh bewegt reichte er ihr die Hand und verabschiedete sich. — Als er sie dann um 5 Uhr abholte, machten sie einen schönen Rundgang um die Stadt und sprachen sich rückhaltslos und unbefangen aus. Er sprach ihr von der trostlosen Leere seines vereinsamten Junggesellendaseins und sie erzählte ihm von ihrer durch den frühen Tod ihrer Eltern freudlos gewordenen Jugend. Als sie sich dann abends vor ihrer Haustüre verabschiedeten, da trug der junge Mann die beglückende Gewißheit mit heim, daß sein ungedrucktes Heiratsinserat den schönsten Erfolg gezeitigt hatte. — Eine Woche später trug er wieder ein Inserat zur Zeitung; dieses aber wurde gedruckt. Es lautete kurz und prosaisch:

Lotte Linden
Werner Eschwaldt
Verlobte.



Die neue Zarin von Rußland.

Die Großfürstin Viktoria Feodorowna, die Gattin des Großfürsten Cyrill von Rußland, hat sich an die Spitze der antibolschewistischen Bewegung gestellt und ist nach Amerika gereist, um Mittel für den Kampf um Rußlands Befreiung zu sammeln. Neben ihr steht ein Geheimpolizist, der sie zum Schutz vor bolschewistischen Angriffen ständig begleitet.

Die Pawlowa heiratet.

„Es war schon immer mein sehnlichster Wunsch, ein eigenes Heim mit einer Küche zu besitzen," erklärte die berühmte russische Tänzmeisterin Anna Pawlowa kürzlich in Paris und fügte hinzu, daß diese Sehnsucht einer der Gründe sei, der sie bestimmt habe, ihrem französischen Klavierbegleiter Andre Dervide die Hand zum Ehebund zu reichen. Gleichzeitig mit der Ankündigung ihrer bevorstehenden Verheiratung machte sie die überraschende Mitteilung, daß ihre französische Gastspielreise den Abschied von der Oeffentlichkeit bedeute, und daß sie sich in Zukunft ausschließlich ihrer Häuslichkeit und ihrem Gatten, mit dem sie in Paris zu leben gedenke, widmen wolle. „Für eine Künstlerin existiert der Gatte nicht," erklärte sie. „Pawlowa, die Tänzerin, und Pawlowa, die Frau, sind grundverschiedene Personen, und ich lasse es mir angelegen sein, die beiden sorgsam auseinanderzuhalten. Meine Tanzkunst gehört dem Publikum, mein Gatte gehört nur mir allein. Ich habe mir, wie gesagt, schon stets gewünscht, ein Heim mit einer Küche mein Eigen zu nennen, und ich werde nicht dem Beispiel der Patti, Bernhard und anderer Künstlerinnen folgen, die mehr als einmal von der Oeffentlichkeit Abschied genommen haben."

Frauen-Rundschau.

— **Ein Musterstaat mit weiblichem Oberhaupt.** Es wurde schon der Tatsache Erwähnung getan, daß vor einigen Wochen zwei Frauen zu Gouverneuren amerikanischer Staaten gewählt wurden, ein Fall, der in der Geschichte der nordamerikanischen Union noch nicht da war. Die Frauenemanzipation, die in dieser Wahl einen großen Triumph gefeiert hat, ist übrigens durchaus keine Errungenschaft der modernen Zivilisation. Im südlichen Teil des Stillen Ozeans gibt es eine Insel, die Bardoo heißt und auf der die gesamte Herrschaftsgewalt in den Händen einer einzigen Frau ruht. Die Bevölkerung setzt sich aus Eingeborenen und einigen Weißen zusammen, und die amerikanischen Zeitungen versichern, daß unter diesem mütterlichen Regime Ordnung, Gerechtigkeit und Friede in einer Vollkommenheit herrschen wie nirgends sonst in der Welt.

— **Von der Bubenkopfseuche befallen.** In den letzten Tagen werden bei der Berliner Polizei zahlreiche Anzeigen erstattet über die Tätigkeit eines Zopfabschneiders. Die Anzeigen sind nunmehr von der Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Täter sind die betreffenden Mädchen selbst, die auf eindringliches Verhör hin zustanden, sich das Haar abgeschnitten zu haben, um auf diese Weise von ihren Eltern die Erlaubnis zum Tragen eines Bubikopfes zu erzwingen.

— **Das Urteil gegen die Gräfin Esterhazy.** Wegen Spionage gegen die Tschechoslowakei hatte sich vor dem Gericht zu Neutra (Tschechoslowakei) die Gräfin Esterhazy zu verantworten. Sie war beschuldigt einen Anschlag gegen die tschechoslowakische Republik verübt zu haben. Die Angeklagte wurde zu 1 Jahr Kerker und 20 000 tschechischen Kronen Geldstrafe verurteilt, im Falle der Nichtbezahlung zu weiteren drei Monaten. Die Untersuchungshaft von 6½ Monaten wurde in die Strafe eingerechnet.

— **Der Damenstrumpf vor Gericht.** Der amerikanische Millionär Frank J. Gould ist von seiner früheren, mittlerweile von ihm geschiedenen Frau, der englischen Bühnensängerin Edith Kelly, vor einem Pariser Gericht auf die Zahlung von Strümpfen verklagt worden, die Fräulein Kelly no chris der Zeit ihrer Ehe schuldig geblieben ist. Die Gerichtsverhandlung gestaltete sich außerordentlich unterhaltend. Zunächst beanstandete der Vertreter des Herrn Gould die Zahl der Strümpfe. Sie waren alle im Oktober 1918 gekauft, d. h. zu einer Zeit, als das Scheidungsurteil noch nicht endgültig war. 65 Paar Strümpfe — das war die Zahl der umstrittenen Objekte — sind zu viel, so bemerkte der Anwalt des Herrn Gould, zu viel im Monat für ein paar Beine, mögen diese Beine auch noch so bewundernswert sein. Der Gerichtshof unterdrückte mit Mühe ein Erröten. Der Anwalt der früheren Frau Gould erklärte, es komme auf die Zahl der Strümpfe gar nicht an, sondern auf die Verpflichtung, die Herr Gould als damaliger Ehemann noch gehabt habe. Der Gegenanwalt machte geltend, daß Frau Gould damals schon ihre eigene Wohnung bezogen habe. Der Gerichtshof war von dem interessanten Streitgegenstand so verwirrt, daß er das Urteil vertagte.

— **Fünftausend Pfund für einen Mann.** Miß Evejon aus Birmingham hat eine größere Erbschaft gemacht und kann nun daran denken, sich in ihrem 39. Lebensjahre zu verheiraten. Da sie seit längerer Zeit zu dem Mann ihrer Freundin in Beziehungen steht, hat sie dieser angeboten, die Scheidungskosten zu übernehmen und ihr außerdem 5000 Pfund zu zahlen, wenn sie ihr den Mann überließe. Ihre Freundin, Frau Smith, hat daraufhin Beleidigungsklage erhoben.

Nr. 305. 1924.



Mausi.

9. Fortsetzung.

Roman von Anny v. Panhuys.
Copyright 1924 by K. Köhler & Co., Berlin W 15.

(Nachdruck verboten.)

Er schämte sich. Hatte er das arme Mädelchen so erschreckt mit seinem gewaltsamen Kuß, daß es sich nun hier bei einer Bekannten ausweinen mußte?

Er war schon halb über die alte Brücke, da wandte er sich ein wenig. Richtig, da hinten ward das blaue Kleid sichtbar. Er trat seitlich etwas hinter das Monument des Kurfürsten Karl Theodor, damit sie ihn nicht schon von weitem erkannte, sonst nahm sie möglicherweise einen Rückzug. Erst als sie ziemlich nahe war, verließ er seinen Platz, trat mit tiefem Gruß an ihre Seite.

Ihre Augen trugen noch die Spuren von Tränen und um den kleinen Mund zuckte es.

Er sagte rasch, unbekümmert um etwaige Vorübergehende: „Verzeihen Sie bitte wenn ich Sie kränkte, es soll nie mehr geschehen."

Ein rascher Blick traf ihn. Aber in diesem Blick lag keine Spur von Verachtung, auch nichts mehr von Erregung und Zorn, eher etwas ganz ganz anderes, etwas was ihn traf bis ins innerste Herz.

„Ich bin Ihnen ja gar nicht böse," antwortete die weiche Mädchenstimme, deren tiefer Klang etwas Liebkosendes hatte.

„Ich fürchtete schon, Sie beleidigt zu haben", sprach er und kam sich banal und albern vor, aber seine Augen ruhten zärtlich auf ihrem lieblichen Gesicht.

Sie schüttelte den Kopf, daß die Löckchen um Stirn und Schläfe hüpften.

„Es war ja nicht recht was Sie taten, aber ich war auch gleich sehr bös und häßlich zu Ihnen und —" sie drückte herum, „na ja, und das tut mir leid."

Herrgott, war das Mädelchen süß!

Mit welcher Offenheit es das eben gesagt hatte: „Ich war aber gleich sehr bös und häßlich zu Ihnen"", dazu der Blick von kurz zuvor.

Franz-Ferdinand atmete tief auf und wie Trauer ging es ihm durch den Sinn, daß es doch wohl besser war, die Kleine zu meiden, nun sie ihn so unverfälscht merken ließ, daß er ihr gar nicht gleichgültig war, trotzdem sie ihn kaum kannte.

Sein Kuß hatte sein Herzchen sicherer schlagen machen. Dennoch mochte er sich jetzt noch nicht von ihr trennen. Bis über die Brücke konnte man noch zusammenbleiben. Die wenigen Minuten durfte er sich gönnen. Wie einen köstlichen Leckerbissen wollte er die kurze Zeit dieses Zusammenseins mit dem entzückenden Mädel genießen.

Fortan mußte er ihr dann aus dem Wege gehen.

Ihm fiel ein, wie die Frauenstimme, die das weinende Geschöpf in dem kleinen Hause hatte trösten wollen, immer „Mausi" gesagt hatte.

Die Benennung paßte so gut zu der Zierlichen, Feinen.

„Ihren Namen haben Sie mir vorhin nicht nennen mögen", lächelte er, „eins aber darf ich vielleicht doch erfahren. Ich bin ja wohl aufdringlich und neugierig, dennoch, bitte, wie ruft man Sie daheim? Darf ich es wissen?"

Errötend gab die Kleine Antwort.

„Getauft bin ich Maria, aber so weit ich zurückdenken kann, nennt man mich —" Sie stockte. Es erschien ihr zu komisch, dem schlanken vornehm aussehenden Korpsstudenten zu erzählen: Man nennt mich Mausi. Nein das ging nicht gut, sie mochte sich um keinen Preis lächerlich machen.

Franz-Ferdinand ahnte, mit welchen Gedanken sich die neben ihm Gehende herumschlug. Sanft sagte er „Mausi".

Sie blickte ihn groß und erschreckt an, stotterte: „Woher wissen Sie?"

Er lächelte. „Irgend ein Lüftchen hatte es mir ins Ohr geflüstert."

„Aber nein — sagen Sie doch die Wahrheit", sie machte eine reizende Schmollmiene.

Entzückend, hinreißend, fand er das Mädchen so.

„Also ich will wahr sein, gnädigstes Fräulein Mausi", lachte er, „Sie sehen einfach so aus, als ob man Sie Mausi rufen müßte."

Nun lachte sie vergnügt und beide waren froh wie Kinder, die sich über Harmlosigkeiten freuen.



Schwere Erkrankung des schwedischen **Staatsministers Branting.**

Nach Zeitungsnachrichten ist der frühere schwedische Staatsminister Branting, der seit längerer Zeit an einer Lungenentzündung erkrankt ist, durch Hinzutreten einer Lungenentzündung derart schwer krank geworden, daß man sich um sein Wiederaufkommen Sorge macht. Branting, der Führer der sozialistischen Partei in Schweden, ist besonders durch seine Tätigkeit für den Völkerbund bekannt geworden.

Gleich war das jenseitige Ufer des Neckars, die Neuenheimer Seite erreicht, und Franz-Ferdinand dachte, nun müßte er sich verabschieden, denn immer deutlicher empfand er es, das Mädelchen war viel zu schade für eine Liebelei, viel zu schade — und auf mehr durfte er sich nicht einlassen. Daheim, auf Schloß Wildhausen, wartete Ulla auf ihn, sicher erschien ihr und ihm der Tag, da sie vereint vor dem Altar der kleinen Hauskapelle knien würden, um von Pfarrer Haslanger den Ehesegen zu empfangen. Der alte Pfarrer Haslanger, der ihn getauft hatte.

Er blieb zögernd stehen: „Darf ich fragen, in welcher Richtung Sie weitergehen wollen, Fräulein Mausi?"

„Ich will heim," sie wies nach links. „Ganz oben, noch ein Stück über die neue Brücke hinweg, wohnen meine Eltern."

Er folgte einer plötzlichen Eingebung, die alle kühlen verständigen Sätze umwarf.

„Hören Sie, Fräulein Mausi, wollen wir noch ein bißchen zusammenbleiben? Mir ist's, als hätte ich Ihnen noch etwas zu sagen. Aber hier am Ufer entlang gehen, ist lange nicht so schön wie droben über den Philosophenweg. Ich gehe ihn so gern."

Maria Reinhard fiel ihm ins Wort: „Ich auch und weil ich noch Zeit habe — —"

Nun fiel er ihr ins Wort: „Gehen wir zusammen."

Und so geschah es. Maria Reinhard dachte nicht einen Augenblick daran, daß es sich nicht gehörte mit einem Studenten, dessen Namen sie nicht einmal kannte, den Waldweg entlang zu bummeln, sie wußte nur, es mußte lieb und schön sein, neben dem schlanken vornehmen Mann noch ein Stück Weges weiterzuwandern. Und er hatte das Gefühl, ein köstliches Geschenk erhalten zu haben, weil das hübsche braunhaarige Mädchen noch ein Stündchen mit ihm zusammenbleiben wollte.

Hier am jenseitigen Ufer war es stiller als drüben, hier verebbte der Ansturm der Fremden, denn die meisten Passanten, die das Schloß besichtigen, ließen sich nicht Zeit die landschaftlichen Schönheiten dieses Ufers zu genießen. Unter leichtem Geplauder gingen die beiden dahin und Franz-Ferdinand erzählte daß er Medizin studiere und daß er sich auf seinen Dr. freue.

Mausi strahlte ihn an.

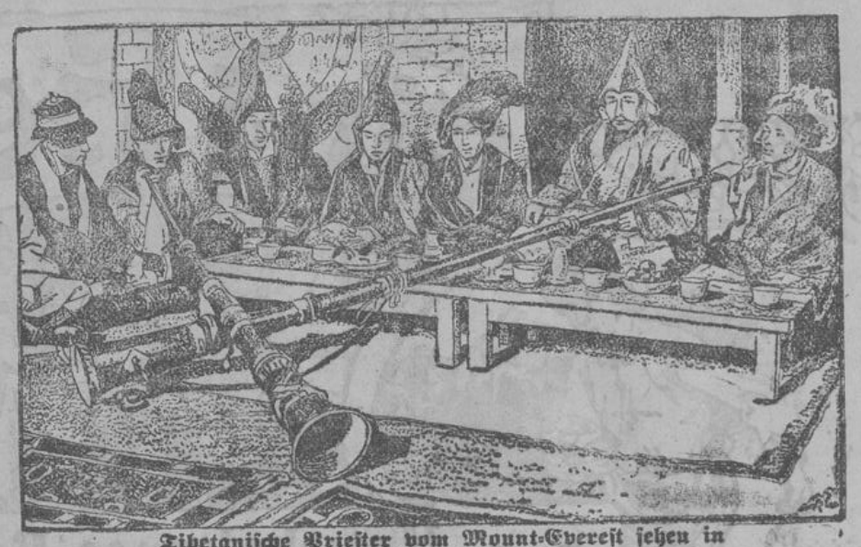
„Ja, es muß schön sein, seinen leidenden Mitmenschen helfen zu können."

Bald hatten sie den Philosophenweg erreicht und ihnen zu Füßen lag der Neckar. Von drüben grüßte jetzt Heidelberg und das Schloß. Die untergehende Sonne breitete ihren flammenden Mantel weit über den Himmel, hüllte alle Nähe und Ferne in brennenden Glanz.

Sie blieben beide stehen und blickten ins Tal, überströmendes Gefühl war in der kleinen Maria Reinhard ob der Herrlichkeit der Welt und des seltsamen Glückes dieser Stunde.

Franz-Ferdinand nahm sanft die kleine Mädchenhand.

„Mausi, ich danke Ihnen weil Sie mir vergeben haben, denn ich kann nicht anders, was mir bei jedem Mädchen sonst wenig Gedanken bereitet hätte, bei Ihnen empfinde ich es klar und deutlich, es war unrecht von mir, Sie zu küssen, es war schlecht."



Tibetanische Priester vom Mount-Everest sehen in London ihren Heimatfilm.
Im Vordergrund die langen tibetanischen Posaunen, die während der Vorstellung geblasen wurden.

Anläßlich der Erstaufführung des großen Films, den die englische Mount-Everest-Expedition von ihrem letzten, mißglückten Besteigungsversuch mitgebracht hat, hat man es verstanden, eine Anzahl tibetischer Mönche aus dem Rongbuk-Kloster nach London einzuladen. Trotz der Abgeschlossenheit Tibets und der strengen Gesetze, die das Verlassen des Landes unter schwere Strafe stellen, sind 7 Lamas der Aufforderung gefolgt und werden sich in einem Londoner Theater öffentlich zeigen. Sie entstammen dem Kloster, das unmittelbar am Fuße des Mount-Everest liegt und die letzte von Menschen bewohnte Stätte war, die die Bergsteiger vor ihrem Angriff auf den Gipfel fanden.

*

Sie blickte ihn mit unsicheren Augen an.

„Nicht mehr davon reden. Ich weiß ja auch, so ein Spaziergang wie der jetzt, gehört sich nicht von mir, Mutter jedenfalls würde tüchtig schelten, aber —"

Sie wußte nicht weiter. Er sann flüchtig, was das nur war, was ihn mit förmlicher Elementargewalt zu dem Mädchen riß. Nie vordem im Leben hatte er das Empfinden gehabt.

Er war bisher kein Bruder Leichtsinn gewesen, eine gewisse Schwere ließ ihn zuweilen die vergnügtesten Augenblicke zur Qual werden, aber im allgemeinen hatte er die Liebeleien, die sich ihm bisher boten, froh genossen und ihnen nicht nachgetrauert, wenn sie vorüber waren. Jedenfalls hätte er niemals geglaubt, daß ihn so ein winziges Menschenkind in ein Chaos von Gedanken stürzen würde.

Sie gingen weiter und erreichten den Liselotteplatz, ließen sich auf eine Bank dort nieder.

Still war es umher, grüne Zweige hingen tief auf den Gedenkstein hernieder, der von der Pfälzer Prinzessin erzählte.

Franz-Ferdinand wies darauf hin. „Auch ein Erinnerungszeichen an sie, die Sie so interessiert," sagte er.

Maria Reinhard nickte. „Ja, die Liselott interessiert mich sehr. Eigentlich tut sie mir leid. Ich glaube nicht daß sie ihren Mann geliebt hat, so Prinzessinnenehen werden doch meist aus Vernunftsgründen geschlossen." Sie blickte gedankenverloren vor sich hin. „Ich möchte keine Prinzessin sein, auch heute nicht, wo es in Deutschland keinen Thron mehr gibt, denn ohne Liebe zu heiraten muß doch furchtbar sein."

Franz-Ferdinand lächelte ein bißchen schwermütig.

„Sie haben recht, Mausi. Ohne Liebe zu heiraten mag nicht schön sein, und auf Thronen hatte die Staatsräson ja oft ein gewichtiges Wort mitzureden. Aber nicht immer, ich glaube auch an Neigungsehen zwischen Hochgeborenen."

Er dachte an Prinzessin Ulla, die er einmal freien würde und die so wunderschön war, — daß man sie wohl lieben mußte, trotzdem sie so eisig kühl war.

Maria Reinhard nickte. „Natürlich, auch Menschen, die in Schlössern geboren sind, können sich lieb haben, aber ich glaube nicht recht daran im allgemeinen."

Er nahm wieder die kleine Hand.

„Mausi, wir werden uns vielleicht nicht mehr wiedersehen und wenn Sie mir nicht sagen mögen, wer Sie sind, muß ich, weil es sich doch so gehört, Ihnen meinen Namen nennen —"

Sie ließ ihm d. Hand u. während ihre Augen auf dem großen Wappenring an seiner Rechten ruhten, schnitt sie ihm den Satz ab:

„Ich möchte gar nicht wissen, wer Sie sind, nein, nein, — Sie sagten, wir werden uns nicht wiedersehen, wozu bedarf es dann noch der Namen? "

Er preßte die kleine Hand fester.

„Wollen Sie mich denn noch wiedersehen, darf ich das hoffen?"

Sie barg die blauen Augensterne unter den gesenkten Wimpern und neigte den reizenden Kopf.

Da stürzte auch der letzte Halt ein, an den sich seine Ueberlegung und Vernunft geklammert. Er sagte zärtlich: „Mausi, einzig süßes Mausi!" Und plötzlich ruhte sein Mund auf dem ihren, und diesmal duldete Maria Reinhard den Kuß, duldete noch mehr Küsse.

(Fortsetzung folgt.)

\#

Kühnes Bild. In einer erregten Versammlung bemerkte ein Redner in der Polemik gegen einen politischen Gegner, der unmittelbar vor ihm gesprochen hatte: „Das Gehirn meines geehrten Herrn Vorredners ist so voll von hohlen Phrasen und Torheiten, daß man länger braucht, bei ihm auf einen vernünftigen Gedanken zu stoßen, als mit einer gekochten Mohrrübe den Montblanc zu durchbohren."
(Brummbär.)



Pflanzt euch hinauf!

(Fragen der Bevölkerungspolitik.)

Unter allen Fragen, die der neue Reichstag zum Besten des Volksganzen zu lösen haben wird, steht sicher die Forderung obenan, die die sächsische Regierung in einem Gutachten des Landesgesundheitsamtes der Reichsregierung vorlegte: geistig Minderwertige und Verbrecher unfruchtbar zu machen.

Wenn man die erschreckenden Zahlen jener Personen liest, die den Staat nur durch Unterhaltungskosten und Pflegebedürftigkeit aufs schwerste belasten, wie z. B. 40 000 Taubstumme, 30 000 Trunksüchtige und 240 000 Schwachsinnige und Geisteskranke, dann kann man wohl verstehen, daß man nach Mitteln und Wegen sucht, einerseits die Fortpflanzungsmöglichkeit dieser Minderwertigen zu unterbinden, anderseits die Geburt sozial Wertloser zu verhüten. Selbstredend wird die Forderung der sächsischen Regierung besonders in Frauenkreisen lebhaftestes „Für und Wider" erregen. Für dieselbe werden jene unbedingt stimmen, die in der Sterilisation von Sittlichkeitsverbrechern und geistig oder körperlich Anormalen, die große Gefahr der Vermehrung minderwertiger Nachkommenschaft verringert sehen. Gegen die Forderung aber werden viele stimmen, wenn sie hören, daß auch Geschlechtsgenossinnen, die zweimal Kinder gebären, bei denen sie die Vaterschaft nicht zweifelsfrei nachweisen können, sich ebenfalls dem Sterilisationszwange, also der gesetzlichen Unfruchtbarmachung, unterwerfen sollen. Weiter steht es wohl außer allem Zweifel, daß der größte Prozentsatz der Eltern von blöden, tauben oder blödsinnigen Kindern, die einer Sterilisation unterworfen werden sollen, sofern die angeführten Defekte von Geburt an bestanden, sich derselben widersetzen werden, sofern diese, wie jenes Gutachten betont, von ihrer Genehmigung abhängig sein soll. Bekanntlich werden derartig körperlich oder geistig minderwertige Kinder von den Eltern, besonders aber den Müttern, mit besonderer Liebe und Fürsorge betraut und sie werden den operativen Eingriff, obgleich er nach jenem Gutachten so vorgenommen werden soll, daß die für die innere Sekretion wichtigen Organteile erhalten werden, als einen Eingriff in die ihrem Kinde noch verbliebenen geringen Rechte eines freien Individuums betrachten und sich deshalb aus reinem Egoismus und „Gefühlsduselei" dieser Forderung widersetzen.

Zweifelhaft bleibt auch, ob Verbrecher sich einer derartigen Sterilisation unterziehen werden, trotz der Zusicherung einer merklichen Ermäßigung der Strafe, zumal wenn man bedenkt, daß bei dieser Spezies „Mensch" in der Mehrzahl doch schon Anormale vorhanden sind, die klares, logisches Denken und Erwägen ausschließen.

Dabei liegt unzweifelhaft für unser Volks- und Staatsleben in dieser Forderung etwas überaus Gesundes und Nutzbringendes. Der Gedanke ist auch nicht so neu, daß von seiner Umsetzung in die Tat erst Erfolg oder Mißerfolg für unser Volk abgewartet, dieses als „Versuchskaninchen" nach dieser Richtung hin erstmalig wirken müßte. In einigen nordamerikanischen Staaten, wie Washington, Kalifornien, Indiana und Nevada, besteht das Gesetz auf Unfruchtbarmachung eines Angeklagten schon seit längerer Zeit. Hat der Richter in diesem Sinne erkannt, so obliegt es einem Ausschuß von Anstaltsärzten und Psychiatern, den Einzelfall vor der letzten Entscheidung zu beraten und danach zu befinden.

Unsere Frauenwelt hat sich in ihrer Gesamtheit bisher mit der Frage der Höherentwicklung der Rasse und Art leider nur wenig befaßt. Zu fest war sie vom engmaschigen Netz der Sorgen um die dringendsten Lebensinteressen: diejenige der Existenz, der Ernährung und des pekuniären Fortkommens ihrer Familie verstrickt. Daneben mußte alles andere verblassen oder gegenstandslos werden. Sind nun auch heute die Existenzsorgen keinesfalls für sie geringer geworden wie früher, so vereinfachten sie sich doch insofern, daß sie selbst bei geringstem Einkommen „Soll und Haben" bei festem Willen dazu einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen vermag. Dabei wird es ihr möglich, darüber hinaus ihre Mutter- und Fraueninteressen einer Frage von so eminent großer Bedeutung, wie die der Höherentwicklung der Nachkommenschaft, zuzuwenden. Jede einzelne muß es lernen, die Forderung: „Pflanzt euch hinauf!" an ihren Teile mit durchsetzen zu helfen, nicht nur im Interesse der noch nicht geborenen, sondern auch schon erwachsenen Kinder. Sie muß danach streben, die ersteren nur von einem geistig und körperlich gesunden, nüchternem Manne zu empfangen und die herangewachsenen nachdrücklich vor der Vereinigung mit einem Ehepartner zu warnen, der geistige oder körperliche, vererbungsfähige Defekte oder Gebrechen aufweist. Das Gesundheitsattest an sie, als die Mutter der Heiratslustigen, müßte auch ohne Gesetzeszwang zur Selbstverständlichkeit werden. Weiter müßte sie sich mit allen Kräften einer Verheiratung unter Verwandten widersetzen, soweit sie nicht schon vom Gesetz aus verboten sind, und schließlich sorgsam zu erforschen versuchen, ob und wie weit krankhafte Veranlagung in der Familie des oder der Erwählten ihrer erwachsenen Kinder vorhanden oder festgestellt wurden, um erforderlichenfalls mit allem Nachdruck eine geplante Verbindung zwischen beiden zu verhindern.

Mit allen diesen Maßnahmen, die in der Theorie einleuchtend, vorteilhaft erscheinen, in der Praxis aber unendlich viel Schwierigkeiten bieten, wird nun zwar keinesfalls ein Allheilmittel gegen den Krebsschaden im Volks- und Staatsleben: die Geburt zahlloser minderwertiger, ganz oder teilweise pflege- und unterhaltungsbedürftiger Nachkommen verhütet. Aber sie stellen doch einen erfolgversprechenden Versuch zur Verbesserung der Rasse und damit Steigerung der Qualität unseres Volkes in allen Schichten dar. Dem oberstes Gesetz wird und muß bei ihrer Verwirklichung bleiben, wenn sie sich allgemeiner Sympathie in allen Kreisen unserer Frauen erfreuen sollen: Gleiches Recht für alle!

Alice Günther.

Auf der Höhe des Lebens.

Auf jeder hellen Menschenlebenshöhe,
Da ist ein Plätzchen, köstlich-fein:
Ganz einsam, ruhevoll bin ich dort oben,
Doch nicht verlassen — nur allein.

Um mich ist Friede, Klarheit, Wärme, Leben,
Und es umfängt mich, still und lieb,
Ein Etwas: unnennbar, nicht zu ergründen,
Das heut' mir in die Seele schrieb:

„Wenn trotz der Unvollkommenheit des Strebens
Dich stets beglückt das inn're Licht,
So mag dein Leben mühsam sein und einfach,
Doch sieh': vergebens ist es nicht!" —

(Marie Barthel.)

\#

Das Heiratsinserat.

Die Geschichte einer Verlobung

von Udo Terbro.

Werner Elchwaldt war vor kurzem zum Prokuristen aufgerückt und dadurch in die Lage versetzt, einen eigenen Hausstand zu gründen. Schon mehr als einmal hätte er Gelegenheit gehabt, eine sogenannte „gute Partie" zu machen, doch konnte er's nicht über sich gewinnen, um äußerer Vorteile willen eine Gattin heimzuführen, welche nicht volle und ganz seinem Ideal der Frau entsprach. Wenn er sein Schicksal mit dem eines anderen Menschen verknüpfte, so mußte dieses ein Wesen sein, das, ihm sinn- und geistverwandt, seinen schönsten Lebenszweck fand in dem Bestreben, ihm auf der Reise durch dies irdische Jammertal ein getreuer Weggenoß zu sein und Freud' und Leid getreulich mit ihm zu teilen. Da er als Nichttänzer wenig Gelegenheit hatte, Damenbekanntschaften anzuknüpfen, so hatte er sich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, sein Glück durch ein Heiratsinserat zu suchen. So hatte er denn gestern abend ein Inserat aufgesetzt und zwar, einem plötzlichen Einfall folgend, in Versform. O, es war das erste Sonett nicht, das er geschaffen und wenn er auch ein Sonntagsreiter auf dem Pegasus war, so war doch schon so manches seiner Musenkinder mit Druckerschwärze getauft. Jetzt befand er sich